Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt" und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i der Expedition abgegeben werden.

Nr. 60. Sonnabend, den 11. März 1911. 18. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Erklärung der Religion zur Privatsache.

So groß im allgemeinen die Unklarheit über die sozialdemokratischen Programmforderungen ist — über keine ist sie größer als über die im Punkt 6 des Programms geforderte Erklärung der Religion zur Privatsache. Sie wird auch sicher wieder im kommenden Wahlkampf eine große Rolle spielen, unsere Gegner werden sie hervorziehen und daran die „Gottlosigkeit" der Sozialdemokratie beweisen, die, mit dem Teufel im Bunde, dem armen Volke die Religion aus dem Herzen reißen wollen. Nun würden wir Sozialdemokraten, wenn wir wirklich gottlos wären, wenn wir wirklich die Religion „abschaffen" wollten, keinen Augenblick zögern, dies mit derselben Offenheit, Klarheit und Deutlichkeit zu sagen, mit der wir alle unsere Forderungen vertreten. Diejenigen unter uns, die nicht an Gott glauben, haben daraus noch nie ein Hehl gemacht. Aber dann dürfen wir wohl auch verlangen, daß man in unsere Worte nicht etwas hineinlegt, was nicht darin steht. Wer unbefangen und ohne vorgefaßte Meinung den Satz betrachtet: „Erklärung der Religion zur Privatsache", der wird sofort erkennen, daß er keine Feindschafts- und keine Freundschaftsbeteuerung für die Religion enthält, ja daß er überhaupt sich nicht an die Religion richtet, sondern an den Staat. Die Religion soll zur Privatsache erklärt werden, darin liegt, daß sie heute keine Privat-, sondern eine öffentliche Angelegenheit ist, eine Staatsangelegenheit. Wir wollen also, daß der Staat sein Verhältnis zur Religion ändern soll; an die Religion selbst stellen wir überhaupt keine Forderung, die mag sich ihre Verhältnisse und ihre Einrichtungen schaffen, wie sie will; da mischen wir uns nicht hinein, da sind wir völlig neutral. Mag jeder es mit der Religion halten, wie er will, mag an Gott glauben oder nicht; und die Gläubigen mögen sich zu kirchlichen Vereinen zusammentun, und in ihren Kirchen zu ihrem Gott beten, wie und wann es ihnen beliebt. Das soll ihnen nicht nur vollkommen freistehen, sondern wir Sozialdemokraten sind die ersten, sie in ihrer religiösen Freiheit zu schützen, wenn die von irgend jemand bedroht und geschmälert wird, genau so wie wir jede andere Vereins- und Versammlungsfreiheit schützen wollen. Nur der Staat soll die Religion nicht zur Amtssache machen, soll nicht eine der verschiedenen Konfessionen zur „Staatsreligion" erklären, soll nicht öffentliche Mittel aufwenden zur Besoldung der Priester, zum Bau der Kirchen usw., soll nicht von oben her den Gottesglauben oder eine bestimmte Form des Gottesglaubens vorschreiben.

Also das muß unbedingt festgehalten werden: nicht an die Religion richtet sich unsere Forderung, sondern an den Staat. — Warum aber erheben wir eine solche staatliche, politische Forderung? Selbstverständlich aus demselben Grunde, der auch all unsere sonstigen politischen Forderungen diktiert: aus Gründen des Klassenkampfes. Es hat sich gezeigt, daß im Laufe der Jahrhunderte die verstaatlichte Religion immer mehr ein Mittel geworden ist, die Massen der Besitzlosen zugunsten der besitzenden Klassen niederzuhalten, also das Proletariat zu hindern in seinem Befreiungskampfe.

In der Hand des Staates wird so die Religion zu Zwecken benutzt, mit denen sie eigentlich nichts gemein haben sollte, und die dem arbeitenden Volke schädlich sind. Der Staatsmacht diese Waffe, die sie gegen das Proletariat schwingt, zu entwinden, das ist der Sinn und Zweck unserer Forderung.

Der Nachweis, daß die Staatsgewalt — d. h. das Priestertum als Beamte des Staats — solchen Gebrauch von der Religion macht, ist leicht zu führen. Beschränken wir uns auf die christliche Religion, weil die ja allein praktisch in Deutschland in Frage kommt. Jeder von uns, der in der Schule Religionsunterricht hatte und später auch nur eine Zeit lang regelmäßiger Kirchenbesucher war, muß wissen, daß dort immer nur die demutsvolle Ergebung in die von Gott eingesetzte Staatsordnung gepredigt wird. Freilich wenden sich die Pfarrer daneben wohl auch gegen den Hochmut oder die Hartherzigkeit der Reichen und suchen den Großen dieser Welt ins Gewissen zu reden, wenngleich sie damit schon deshalb nicht viel Erfolg haben, weil die Großen nicht oft in die Kirche kommen. Aber das, was wir alle als vornehmlichsten Glaubensschatz aus Schule und Kirche mit ins Leben genommen haben, ist doch die uns tief eingeprägte Lehre: so wie die Welt nun einmal ist, hat Gott sie erschaffen und gewollt; der einzelne muß sich in sein Schicksal fügen, das Gott ihm gesandt hat; der Gedanke schon, an diesen Zuständen etwas Grundstürzendes zu ändern, das Oberste zu unterst zu kehren, alle Menschen frei und gleich zu machen, dieser Gedanke schon, geschweige denn eine solche Tat ist schwerste Sünde und schwerstes Verbrechen; denn es ist eine Auflehnung gegen den göttlichen Willen selbst. Vielmehr muß der Arme und Gedrückte in Demut die Leiden ertragen, die Gott als Prüfung über ihn verhängt hat, und darf erst im Jenseits, nach dem Tode, Erlösung erhoffen.

Nun fällt uns natürlich nicht ein zu bestreiten, daß gar manche Stelle in den Lehren des Evangeliums so gedeutet werden kann, wie es die christlichen Priester als Staatsbeamte tun. Ja es mag sogar zugegeben werden, daß das Christentum in seiner Gesamtheit diese Unterordnung unter die von Gott eingesetzte Obrigkeit verlangt, wenngleich es immerhin zweifelhaft bleibt, ob dies ursprünglich und in seiner eigentlichen Bedeutung die Absicht des Christentums gewesen sei. Aber soviel ist doch sicher, daß auf alle Fälle daneben noch andere Lehren des Christentums stehen. Predigt nicht der Nazarener: „Ihr aber seid alle Brüder!" Schrieb nicht der heilige Paulus: „So jemand nicht will arbeiten, der soll auch nicht essen!" Und heißt es nicht in der Bergpredigt: „Ihr sollt euch nicht Schätze sammeln auf Erden, da sie die Motten und der Rost fressen!" Wo aber sind die christlichen Priester, die diese Lehren ihrer gläubigen Gemeinde vortragen? — Freilich, sie tun es manchmal, man hört auch diese Bibelstellen mitunter aus ihrem Munde. Aber heißt das eine Predigt im Sinne des göttlichen Worts, die nicht mit Eifer und Zorn darauf dringt, daß nun wirklich alle Menschen als Brüder gewertet werden, der geringste Arbeiter ebenso hoch wie ein Fürst oder König? Ist das die Erfüllung des göttlichen Gebots, wenn der Priester nicht in vollem Ernste und mit unerbittlicher Strenge gegen diejenigen vorgeht, die sich Schätze sammeln auf Erden, nämlich große Kapitalien, und von deren Ertrage herrlich und in Freuden leben, ohne zu arbeiten? Warum — und dies wäre doch das mindeste, was die Kirche hätte leisten können — warum sind uns nicht diese Sätze des Evangeliums aus unserer Jugendzeit ebenso in Fleisch und Blut übergegangen, wie jene anderen, die von der Unterordnung reden?

Die Antwort ist leicht zu finden auf alle diese Fragen. Man stelle sich nur vor, daß jeder Pfarrer bis ins entlegenste ostelbische Dorf hinein allsonntäglich diese Lehren von der Kanzel verkündete. Dann brauchten wir bald keinen sozialdemokratischen Agitator! Lehren des Umsturzes sind es, Lehren, die Freiheit und Gleichheit und Menschenrecht verkünden gegenüber den Bedrückungen und Anmaßungen des Kapitals. Und folglich Lehren, die den Besitzenden und Mächtigen unserer Zeit gefährlich werden könnten. Deshalb hat die Kirche sie fein säuberlich beiseite geschoben; sie passen nicht für eine Kirche, die ein Werkzeug ist des Staates, ein Werkzeug in der Hand der Mächtigen und Großen.

So zeigt sich, daß die Kirche heute nichts weiter will, als die Religion benutzen zur Sicherung und Stütze der Klassenherrschaft. Damit ist es aber aus, sobald wir volle Religionsfreiheit haben, sobald die Religion keine Staatsangelegenheit mehr ist. Und deshalb fordern wir die Erklärung der Religion zur Privatsache.

Politische Rundschau

Deutschland.

Aus dem Reichstage.

Der Reichstag führte am Freitag die zweite Lesung des Postetats zu Ende. Den ersten Teil der Sitzung füllte ein anmutiges Gezänke zwischen den Schwarzblauen und den Liberalen über den Temperaturgrad ihrer Oberpostassistentenfreundschaft aus. Es handelt sich nämlich um eine Resolution, die das Endgehalt der Oberpostassistenten erhöhen will. Die Sozialdemokratie gönnt dieser Kategorie selbstredend durchaus eine Aufbesserung ihrer nicht eben glänzenden Bezüge, hat aber keine Veranlassung, eine immerhin schmale Beamtenschicht aus der Masse der übrigen Beamten herauszuheben, deren Bezüge auf Diktat der Schwarzblauen unaufgebessert bleiben. Der Konkurrenzkampf um die Seelen oder genauer gesprochen um die Wahlzettel der Oberpostassistenten war umsomehr geeignet, uns mit einer gewissen heiteren Genugtuung zu erfüllen, als dabei gerade die Väter der Geschäftsordnungsverschlechterung beim Zolltarif, die Gamp und Genossen, eigenmächtig die verschlimmbesserte Geschäftsordnung zurückrevidierten und die besseren alten Bestimmungen wieder in Kraft setzten. Genosse Bebel machte in einer humorvollen Bemerkung auf diesen Treppenwitz der Parlamentsgeschichte aufmerksam. Schließlich wurde die Assistentenzulagen-Resolution mit großer Mehrheit angenommen. Dagegen wurde ebenfalls in namentlicher Abstimmung eine Resolution unserer Fraktion auf allgemeine Revision der Besoldungsordnung zugunsten der benachteiligten Unterbeamten mit allerdings nicht großer Mehrheit abgelehnt. Ein neues Ruhmesblatt in der Geschichte des Schnapsblocks, von dem sich übrigens, wie anerkannt werden soll, die Polen diesmal trennten. Beinahe wäre selbst eine recht zahme freisinnige Resolution zugunsten der Unterbeamten abgelehnt worden, wenn nicht eine weitere Abbröckelung des schwarzblauen Blocks — auch die Antisemiten schlugen sich diesmal zur Linken — die Annahme herbeigeführt hätte. Sang- und klanglos wurden die hakatistischen Ostmarkenzulagen bewilligt, denn der Freisinn mit wenig Ausnahmen, (Gothein, Fegter) stimmte für die Prämiierung des Chauvinismus. Man wandelt eben nicht ungestraft unter den Palmen der Regierungsgunst und in der Ära Bethmann wuchert das Unkraut weiter, das in der Ära Dernburg-Bülow auf dem nur allzu aufnahmebereiten Boden des Freisinns ausgestreut wurde.

Die zahlreichen Kapitel und Titel des Postetats gaben unseren Genossen Eichhorn, Zubeil, Lehmann-Wiesbaden, Böhle und Noske oftmals Gelegenheit, sei es die Interessen der Beamten und Arbeiter zu vertreten, sei es die Wünsche von Städten und Gegenden auf bessere Ausgestaltung des Postdienstes vorzubringen. Der Staatssekretär Krätke bewies sich wieder einmal als der unsozialste aller Staatssekretäre, wie ihn Genosse Noske mit Recht nannte. Eine Resolution zugunsten der Telegraphenarbeiter gelangte zur Annahme. Ob sie Nachachtung findet, muß abgewartet werden. — Am Sonnabend beginnt die zweite Lesung des Etats des Innern.

Noch ein Reichstagswahlfonds.

Hansabund, Zentralverband deutscher Industrieller und Bund der Landwirte haben sich schon, obwohl sie keine politischen Parteien sein wollen, je einen besonderen Reichstagswahlfonds zugelegt. Jetzt soll noch ein besonderer Wahlfonds der Juden gebildet werden. Der Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens und der Verein zur Abwehr des Antisemitismus veröffentlichen einen gemeinsamen Aufruf zur Schaffung eines Reichstagswahlfonds, in dem es u. a. heißt:

„Selten wird eine Gelegenheit wiederkommen, die in solchem Maße die Reinigung des deutschen Reichstages von judenfeindlichen Elementen ermöglicht. Nicht die Parteizugehörigkeit, sondern die Persönlichkeit eines Kandidaten regelt unser Verhalten ihm gegenüber. Die Wahlparole heißt: Unter allen Umständen gegen den Antisemiten! Die Tatsache, daß die antisemitische Agitation zum großen Teil aus den fast unerschöpflichen Quellen des Bundes der Landwirte gespeist wird, muß unsere Freunde zu neuer und größerer Opferwilligkeit anspornen."

Die bündlerische „Deutsche Tagesztg." gibt demgegenüber zu, daß der Bund der Landwirte „gegebenenfalls" auch antisemitische Kandidaten unterstützt; sie möchte aber bestreiten, „daß die antisemitische Agitation zum großen Teile aus den fast unerschöpflichen Quellen des Bundes der Landwirte gespeist werde", wagt es aber nicht direkt zu tun und erklärt es deshalb für das „Geheimnis" der beiden jüdischen Verbände, woher sie die „Tatsache" wissen. Wenn das Agrarierblatt nicht befürchten müßte, daß die Tatsache ihm bewiesen wird, würde es sie sicher kategorisch als Lüge hinstellen.

Wenn es übrigens mit dem Gründen spezieller Wahlfonds so weiter geht, dann können die Wähler sich für die kommenden Wahlen auf eine papierne Hochflut gefaßt machen.

Das Reichseinigungsamt.

In der Ortsgruppe Berlin der Gesellschaft für soziale Reform sprach Staatsminister a. D. Freiherr v. Berlepsch am Mittwoch über das Reichseinigungsamt. Nach einem Hinweis auf die Unternehmer- und Arbeiterorganisationen, die bei Lohnkämpfen einander feindlich gegenüberständen, führte Berlepsch aus: Wie bei Konflikten zwischen Staaten durch die abgeschlossenen Allianzen zu befürchten sei, daß ein Krieg andere Nationen mit hineinziehe, so auch bei den wirtschaftlichen Kämpfen. Weit über den Kreis der eigentlichen Interessenten würden die Erwerbsgruppen in Mitleidenschaft gezogen, und so habe der Gedanke nahegelegen, diesem Zustande ein Ende zu machen. Es gelte daher, eine Instanz zu schaffen, die nicht nur befugt, sondern verpflichtet sei, in solche Streitigkeiten einzugreifen, sie zu schlichten oder gar zu verhüten. Eine solche Instanz solle nun das Reichseinigungsamt bilden. Das Gewerbegericht habe zwar auch den Charakter des Einigungsamtes, aber es müsse erst angerufen werden und besitze nur lokalen Charakter. Es könne auch nur Recht sprechen, aber nicht Recht schaffen. Anders das gedachte Amt. Es solle eine ständig bereite, öffentlich rechtliche Vermittlerstelle sein und bei drohenden

Streiks oder Aussperrungen sofort eingreifen. Es wäre dem Reichsamt des Innern unterzuordnen und mit der Abteilung für Arbeiterstatistik des Kaiserlichen Statistischen Amtes in Verbindung zu bringen.

Es geht vorwärts!

Bei der gestrigen Reichstags-Ersatzwahl im Wahlkreise Gießen-Grünberg-Nidda wurden nach dem vorläufigen amtlichen Wahlresultat 23 511 Stimmen abgegeben. Davon erhielten: **Beckmann (Soz.) 7976**, Werner (Wirtsch. Vgg.) 7958, Korell (freisinnig) 5059, Gisevius (natlib.) 2516 Stimmen. Zersplittert zwei Stimmen. Es findet Stichwahl zwischen Beckmann und Werner statt.

Bei der letzten Wahl erhielten der Antisemit 9017, der Nationalliberale 7484 und unser Genosse **6396** Stimmen. Unsere Stimmenzahl hat sich also um 1600 vermehrt, während die Gegner abgenommen haben. Auch auf dem Landgebiet geht es also vorwärts!

Folgen der Zündholzsteuer.

Mit Rücksicht auf die durch das Zündwarensteuergesetz bewirkte Notlage der Zündholzindustrie haben mehrere rheinische Handelskammern an den Staatssekretär des Reichsschatzamtes Eingaben gerichtet, in denen sie bitten, mit möglichster Beschleunigung geeignete Maßnahmen zur Besserung der gegenwärtigen unerträglichen Verhältnisse in die Wege zu leiten.

Aus der Kommission für Änderung der elsaß-lothringischen Verfassung.

Nach einer Pause von einem Monat, in der der Bundesrat zu den Beschlüssen der Kommission Stellung genommen hat, nahm die Kommission am Donnerstag ihre Sitzungen wieder auf. Staatssekretär Delbrück verlas eine Erklärung, nach der der Bundesrat die Beschlüsse der Kommission für unannehmbar erklärt hat, aber bereit ist, zuzugestehen, daß Elsaß-Lothringen zum selbständigen Bundesstaat erhoben werde und drei Bundesratsstimmen erhalte. Die Bundesratsvertreter soll der Statthalter ernennen und instruieren. Eine Beschränkung der Rechte Elsaß-Lothringens soll nur insofern eintreten, als seine Stimmen nicht gezählt werden, wenn die Präsidialmacht Preußen die Mehrheit nur mit diesen Stimmen haben würde. Desgleichen soll an der Bestimmung des § 78 der Reichsverfassung, nach der Verfassungsänderungen nicht vorgenommen werden können, wenn 14 Stimmen widersprechen, nichts geändert werden. Damit würden Bayern, Sachsen und Württemberg, die zusammen über 14 Stimmen verfügen, auch ferner die Möglichkeit haben, einer Verfassungsänderung erfolgreich zu widersprechen. In den Ausschüssen würde hingegen keine Beschränkung der elsaß-lothringischen Stimmen eintreten.

An der Stellung des Kaisers, wie der Regierungsentwurf sie vorsieht, will der Bundesrat nichts geändert wissen. Danach übt der Kaiser die Regierungsgewalt aus; er ernennt den Statthalter, und ruft ihn unter Gegenzeichnung des Reichskanzlers ab. Nach der Erklärung des Staatssekretärs Delbrück macht die Regierung die Konzession nur, wenn die Stellung des Kaisers unverändert bleibt. Nimmt der Reichstag Änderungen zuungunsten der kaiserlichen Stellung vor, zieht sie ihre Konzession wegen der Zuerteilung von Bundesratsstimmen zurück.

Um den Fraktionen Gelegenheit zu geben, sich über ihre Stellungnahme schlüssig zu werden, vertagte sich die Kommission, ohne in eine sachliche Debatte eingetreten zu sein, auf Mittwoch nächster Woche.

„Ein Triumph des Mißtrauens gegen Preußen."

Zu der Erklärung des Staatssekretärs Delbrück über die Stellung der verbündeten Regierungen zur reichsländischen Verfassungsfrage bemerkt die „Vossische Zeitung":

„Der Vorschlag der verbündeten Regierungen geht dahin, daß die reichsländischen Stimmen nur dann nicht gezählt werden, wenn die Präsidialmacht, Preußen, durch sie die Mehrheit erlangen oder den Ausschlag geben würde. Das ist ein Triumph des Mißtrauens gegen Preußen. Er ist es doppelt, weil ohnehin die selbständige Instruierung der reichsländischen Stimmen durch den Statthalter dem preußischen Einfluß Schranken ziehen soll. Sie genügen den verbündeten Regierungen nicht. Dafür nimmt denn Preußen eine Art Rückversicherung wenigstens insoweit, als sein Zugeständnis, seine Selbstverleugnung nur so lange dauern soll, wie in Elsaß-Lothringen die Stellung des Kaisers und des Statthalters unverändert bleibt. Fortan sollen es 17 (preußische Bundesratsstimmen) gegen 14 (der übrigen Bundesstaaten) sein. Mag sein, daß dieses Zugeständnis vom preußischen Standpunkt als Selbstverleugnung zu bezeichnen ist; daß man aber Preußen ein solches Zugeständnis angesonnen und zugemutet oder, wenn man die ausdrückliche und förmliche Anregung zu vermeiden verstanden, das Zugeständnis im Bundesrat einstimmig angenommen hat; es wird erlaubt sein, daß 40 Jahre nach dem Frankfurter Frieden dieser Vorgang in manchen Kreisen als peinlich und demütigend empfunden wird. Traurig, daß 40 Jahre nicht ausgereicht haben, ein Mißtrauen gegen Preußen zu beseitigen, wie es überall bei den Verhandlungen über die Verfassung Elsaß-Lothringens hervortritt."

Die „Berliner Börsen-Zeitung" teilt mit:

„Wie von zuverlässiger Seite verlautet, ist das Zentrum aus besonderen politischen Anlässen bereit, seinen Widerstand in der elsaß-lothringischen Verfassungsfrage aufzugeben. Man gibt sich in Regierungskreisen deshalb der Hoffnung hin, daß ihre entgegenkommenden Vorschläge im Reichstage eine Mehrheit finden werden, trotzdem Konservative und Sozialdemokraten bei ihrem Widerstande beharren wollen."

Die „Berliner Börsen-Zeitung" bemerkt dann noch, es werde interessant sein, die Alliierten des schwarzblauen Blocks als Gegner zu sehen.

Reaktionäres Narrenspiel.

In Halle a. S. bereitet sich ein „interessanter" Reichstagswahlkampf vor. Dort sind die Konservativen — der Bund der Landwirte hat hier einen besonders starken Stützpunkt — auf den kuriosen Einfall gekommen, ein Mitglied des von ihnen so heftig befehdeten Hansabundes als Reichstagskandidaten aufzustellen: den Bergrat Wagner. Sie gedenken damit den Liberalen Stimmen abzujagen. Die Liberalen dagegen sind auf einen Mittelständler, den Konditor Pfautsch, verfallen, um den Konservativen Abbruch zu tun. Das heiße Mühen der bürgerlichen Parteien um den Wahlkreis, der 1909 in der Nachwahl von der Sozialdemokratie wieder erobert wurde, wird allerdings erfolglos bleiben; immerhin kann es als „Zeichen der Zeit" gewertet werden, daß die Angst vor der kommenden Abmachung die Konservativen sogar zum Hansabunde treibt.

Der sächsische Kampf gegen die Volksschulreform.

Auf Anordnung des sächsischen Ministeriums des Kultus und des öffentlichen Unterrichts wurde in Dresden eine große Anzahl von Lehrern amtlich vernommen, die am 31. Januar in Dresden an einer von sozialdemokratischer Seite einberufenen Versammlung teilgenommen hatten, die sich mit der Frage der Volksschulreform beschäftigte. Die Lehrer wurden gefragt, ob sie „aus freien Stücken" an der Versammlung teilgenommen, ob sie den sozialdemokratischen Ausführungen im allgemeinen zugestimmt hätten und für die Annahme der vorliegenden Resolution eingetreten seien. Über die Reden der Lehrer in der Versammlung lagen bei den Vernehmungen polizeiliche Notizen vor. Wahrscheinlich wird es zu einem Disziplinarverfahren gegen zahlreiche Lehrer kommen.

Die Mobilmachung der sächsischen Regierung gegen die Versammlungsbesucher aus den Kreisen der Lehrer hat natürlich nur den Zweck, die sächsische Lehrerschaft einzuschüchtern und ihr begreiflich zu machen, daß sie „kein Recht" habe, in ihrem Kampfe um den Anfang einer Reform der Volksschule die Unterstützung der arbeitenden Massen zu suchen, für die die Volksschulreform im eigentlichen Sinne Lebensinteressen berührt.

Preußen und der Vatikan.

Aus Rom wird der „Deutschen Tageszeitung" gemeldet, der Vatikan werde erst dann Stellung zu der Kanzlerrede nehmen, wenn der authentische Text vorliege. Die Rede, die „nach Erledigung der letzten Zwischenfälle nicht mehr derart gewärtig wurde", habe einen tiefen Eindruck gemacht. In Vatikankreisen werde darauf hingewiesen, daß die Kurie Informationen über deutsche Verhältnisse nicht gut von der preußischen Gesandtschaft einholen könne, „weil diese vermutlich einseitig interessiert seien", doch erkenne man vielfach an, daß der Dezernent des Vatikans für die Kennzeichnung politischer, sozialer und kultureller Milieus des Auslandes, Benigni, von seinem Freiburger und Kölner bevorzugten Informatoren „vielleicht ein übertrieben pessimistisches Bild von der modernistischen Unterminierung der deutschen Katholiken" erhalten habe. Die inzwischen erfolgte Beförderung Benignis bedeute aber keine Kaltstellung: er bleibe mit erhöhtem Einfluß im Staatssekretariat tätig. „Die preußische Gesandtschaft äußerte weder direkt noch indirekt irgend welches Interesse an Benignis Entfernung, zumal sie weiß, daß Benigni keinen Bruch mit Deutschland will und persönlich die größtmöglichste Fühlung mit der Gesandtschaft sucht."

Ein gottseliger Junker.

In der „Kreuzzeitung" spricht ein Herr v. Bassewitz „noch ein Wort zur Leichenverbrennung". Und also entringt es sich aus der Tiefe seines frommen Junkergemüts:

„Ist ein Mensch gestorben, sei es auch ein Selbstmörder, so haben wir Menschen den Körper seinem Schöpfer ohne jedes Zutun zurückzugeben. Dies aber kann nur durch eine Bestattung in die Erde geschehen. Alles gewaltsame Verfahren mit dem Körper des Toten ist ein Eingriff in das, was Gott sich selbst vorbehalten hat. . . . Damit, daß der Körper des Toten gewaltsam vernichtet wird, tut der Mensch etwas, was ihm nicht zukommt. Durch den Tod Christi sind alle Lebenden, aber auch alle Toten in seine Hand gelegt worden. Wie kann sich der Mensch unterfangen, mit dem Toten noch etwas anderes vorzunehmen, als ihn so, wie er ist, seinem Schöpfer und Heiland durch Begräbnis zu übergeben? . . Wer christlich zu denken gewohnt ist, wird in dem Verbrennen einen Akt menschlicher Willkür Gott gegenüber erkennen."

Herr vergib ihm, denn er weiß nicht, was er schreibt!

Seßhaftmachung der Landarbeiter durch Heimarbeit.

Das ostelbische Junkertum sucht beständig nach Mitteln, die Landarbeiter an die Scholle zu fesseln. Zuerst forderte man Kontraktbruchgesetze und Beschränkung der Freizügigkeit. Dann begann man mit der „Ansiedlung" von Landarbeitern. Auch damit hatte man kein Glück. Nun soll versucht werden, die Landarbeiterfamilien zur Heimarbeit zu erziehen. Besonders bemüht sich der „Verein für ländliche Wohlfahrt und Heimatspflege nach dieser Richtung. In der Generalversammlung in Königsberg mußte der Vorsitzende der Provinzialabteilung dieses Vereins, Landrat a. D. Batocki-Blednur, der zugleich Vorsitzender der ostpreußischen Landwirtschaftskammer ist, zugeben, daß die Ursachen der Landflucht in dem zu geringen Verdienst der Landarbeiter zu suchen seien. Die Landwirtschaft sei Saisongewerbe geworden und könne den Arbeitern im Winter nicht genügend Beschäftigung und Verdienst gewähren. Deshalb sollten die Familien im Winter zur Heimarbeit greifen. Sie sollten weben, Körbe flechten, Schnitz- und Töpferarbeiten ausführen. An Stelle der alten Webestühle sollten die verbesserten Guiquardwebstühle treten. Zum Körbeflechten sollten auch Kinder herangezogen werden. Da mit dem Weben gewöhnlicher Stoffe nicht viel zu verdienen sein werde, sollten sich die Landarbeiterfrauen der Kunstweberei zuwenden. Da zur Erwerbung von Mustern schon ein kleines Kapital gehöre und auch die verbesserten Webstühle verhältnismäßig recht teuer seien, soll der preußische Staat die Winterheimarbeit auf dem Lande finanziell unterstützen. Auf diese Weise hofft man, die Seßhaftigkeit der Arbeiter zu erhöhen. Man erklärte wohl, daß man die Art der Heimarbeit, wie sie im Riesengebirge geübt wird, nicht wünsche, aber wenn die Familien etwas verdienen wollen, werden sie alle Angehörigen anspannen müssen, so daß die bekannten Schäden der Heimarbeit in kurzer Zeit auch in den ostelbischen Dörfern zu finden sein werden. Hinzu kommt noch die Konkurrenz, die der gewerblichen Arbeit bereitet wird und zu Lohnreduzierungen führen kann. Der ostelbische Landarbeiter wird in seiner Unerfahrenheit erst recht von den Auftraggebern ausgebeutet werden. Die Winterheimarbeit wird, sollte sie wirklich allgemein und intensiv betrieben werden, den Arbeiterfamilien nur zum Schaden gereichen. Will man der Landflucht wirksam entgegentreten, beseitige man die jetzt auch von agrarischer Seite anerkannte wirtschaftliche Not der Landarbeiter. Man entlohne sie so, daß sie im Winter nicht zu darben und zu hungern brauchen.

Dänemark.

Die Verfassungs- und Wahlrechtsfrage. Das Folkething hat in der verflossenen Woche sowohl den Regierungsentwurf über die Verfassungsreform wie den über die Neueinteilung der Wahlkreise in zweiter Lesung angenommen. Durch die Verfassungsreform soll die Zahl der Folkethingsabgeordneten von jetzt 114 auf höchstens 132 festgesetzt werden, und das Wahlrecht soll auf die Frauen und die Dienstleute ausgedehnt werden, die Altersgrenze vom 30. auf das 25. Lebensjahr herabgesetzt werden. Unsere Parteigenossen forderten Einführung des Einkammersystems mit allgemeinem, gleichem und direktem Wahlrecht für beide Geschlechter vom 21. Lebensjahre ab. Das wurde jedoch abgelehnt. Die Mehrheit des Ausschusses, dem die Reform zur Beratung vorgelegen hatte, machte den Vorschlag, daß den Frauen wohl das allgemeine Wahlrecht zum Folkething und Landsthing, aber nicht das Privilegierten- oder Höchstbesteuertenwahlrecht zum Landsthing zukommen sollte. Dieser Vorschlag wurde angenommen, und auch die Sozialdemokraten stimmten dafür, um nicht der Ungleichheit des Wahlrechts und dem plutokratischen System eine noch weitere Ausdehnung zu geben. Die in der Verfassungsreform vorgesehene Höchstzahl der Abgeordneten hat den Zweck, für die Zukunft eine Vermehrung der Wahlkreise auf dem Wege der Gesetzgebung möglich zu machen. — Nach dem Wahlkreisgesetzentwurf soll die Zahl der Folkethingswahlkreise von 114 auf 129 erhöht werden. Kopenhagen mit Umgegend soll 8, Jütland, besonders mit Rücksicht auf die größeren Städte, 7 neue Wahlkreise erhalten. Ferner sollen Stichwahlen eingeführt werden nach dem zum deutschen Reichstag üblichen System, so daß zwischen den beiden Kandidaten, die beim ersten Wahlgang die meisten Stimmen erhielten, zu entscheiden ist. Unsere Genossen und auch die Radikalen verlangten ein freies Stichwahlsystem, wie es unter anderem in Norwegen und in Frankreich besteht, hatten aber damit keinen Erfolg.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Sonnabend, den 11. März.

Die Budgetkommission des Bürgerausschusses beantragt zum Staatsbudget verschiedene Abstriche, sowie die Herabsetzung der für Volksschulen eingesetzten Summe von 155 000 Mk. auf 100 000 Mk. und ersucht den Bürgerausschuß, er wolle sich gutachtlich dahin erklären, daß zur Deckung des unter Berücksichtigung der Abänderungen sich ergebenden Fehlbetrages von 755 058,69 Mk., soweit er aus dem auf 330 000 Mk. zu veranschlagenden Ertrage der Gewerbesteuer nicht gedeckt wird, einen Zuschlag von 10 Proz. (der Senat hat 12½ Proz. beantragt) zur Einkommensteuer der mit 1200 Mark beginnenden Steuerklasse erhoben, der noch verbleibende Rest des Fehlbetrages aber auf die Ausgleichskasse angewiesen werde. Ferner beantragt die Budgetkommission, der Bürgerausschuß wolle den Senat ersuchen, eine mäßige Erhöhung der Hundesteuer in Erwägung zu ziehen, sowie zu erwägen, ob nicht bei einer Neubesetzung der Richterstellen die Gehälter für den Vorsitz beim Gewerbegericht, Kaufmannsgericht, Einigungsamt, Schiedsgericht für Arbeiterversicherung und Seeamt in Wegfall kommen können. Der Senat hat nunmehr dem Bürgerausschuß die Notwendigkeit der nachträglichen Änderung verschiedener Einnahme- und Ausgabepositionen dargelegt, wodurch sich die Ausgaben ohne Berücksichtigung der Änderungen, die durch die Versetzung einer Anzahl von Beamten in den Ruhestand eintreten werden, um 34 854,91 Mk. vermehren. Die Durchführung des neuen Beamtenetats wird für 1911 einen Mehraufwand an Gehältern, Ruhegehältern sowie Witwen- und Waisengeldern von 416 623,49 Mk. erfordern.

Den Bau einer Straßenbahnwagenhalle an der Finkenstraße beantragte der Senat und zwar mit einem Kostenaufwande von 80 000 Mk. Der Bürgerausschuß setzte zur Prüfung dieser Vorlage eine Kommission ein, die von der beantragten Summe insgesamt 19 518,65 Mk. abstrich. Der Bürgerausschuß erklärte sich gutachtlich dafür, daß 60 481,35 Mk. für den Bau der Straßenbahnwagenhalle bewilligt werden sowie daß der Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanstalten zur Beschaffung einer Zentralheizung in der zu erbauenden Straßenbahnwagenhalle in der Finkenstraße nach dem Kostenanschlag des Heizungsingenieurs Stock ein Betrag von 4500 Mk., soweit erforderlich und Rechnungsablage vorbehalten, aus Anleihemitteln zur Verfügung gestellt werde.

Statistische Jahresübersicht über die Stadt Lübeck im Jahre 1910. Lübeck ist im Jahre 1910 um 1159 Einwohner größer geworden; der Zuwachs beruhte in der Hauptsache, zu 941, auf Geburtenüberschuß, durch Wanderung kamen nur 218 hinzu. — Die natürliche Bevölkerungsbewegung war im vergangenen Jahre folgende (die eingeklammerten Zahlen beziehen sich auf das Vorjahr); es betrug die Zahl der

	Summe	auf 1000 Einwohner
Eheschließungen . . .	689 (799)	7.03 (8,20)
Geburten	2447 (2559)	24 97 (26,27)
Sterbefälle	1506 (1527)	15,37 (15,66)

Darnach blieben die Eheschließungen um 110, die Geburten um 112 und die Sterbefälle um 21 gegen 1910 zurück. Die Ehe- und Geburtenziffern waren infolgedessen sehr niedrig, ja die Geburtenziffer so niedrig wie noch nie (1901 wurden noch auf 1000 Einwohner 8 7 Eheschließungen und 32,2 Geburten registriert), die Sterbeziffer sank zwar auch, aber nur wenig, auch war sie 1906 mit 15,3 schon niedriger. Der Geburtenüberschuß ging infolgedessen von 1032 auf 941 oder von 10,61 Proz. auf 9,60 zurück; seit 1902, wo er 1213 betrug, ist er von Jahr zu Jahr kleiner geworden. So ist das Fazit des Jahres 1910 in jeder Hinsicht sehr wenig befriedigend. Unter den Geborenen waren 291 oder 11,9 Proz. (271 oder 10,6 Proz.) unehelich und 55 oder 2,2 Proz. (65 oder 2,5 Proz.) tot; die unehelichen Geburten nahmen also leider wieder zu — so hoch waren sie im ganzen Jahrhundert noch nicht —, während die Totgeburten eine kleine Abnahme aufwiesen. Das Alter der Gestorbenen stellte sich in 354 (342) auf unter 1 Jahr — die Kindersterblichkeit war also, aufs ganze Jahr gerechnet, höher als 1910 — und

ging in 329 (321) über 70 hinaus. Unter den Todesursachen standen wie im Vorjahr die Krankheiten der Herzorgane mit 159 (157) Fällen an erster Stelle, dann folgte schon Krebs mit 118 (121), dann Magen- und Darmkatarrh mit 103 (87), Lungenschwindsucht mit 96 (87) und Lungenentzündung mit 87 (104). Ansteckende Krankheiten führten nur 50 (63) mal zum Tode, am meisten Masern, nämlich 16 (7) mal, während Scharlach erfreulicherweise keinen einzigen Todesfall zur Folge hatte. Insgesamt waren 857 (1456) solcher Krankheiten zur Anzeige gebracht, davon Masern 466 (608), Scharlach 112 (379), Diphtherie 237 (437) und Typhus 28 (42); der Gesundheitszustand war also viel günstiger als im Vorjahr. Gewaltsamen Todes starben 78 (72), davon 33 (30) durch Selbstmord, 2 (1) durch Mord und Totschlag und 43 (41) durch Verunglückung. Die Wanderungsbewegung führte 19 545 Personen zu uns hin und 19 327 von uns fort, brachte also einen Gewinn von 218 (und zwar ausschließlich weiblichen) Köpfen.

Unter dem Verdacht, einen Meineid geleistet zu haben, wurde hier der Makler Lange verhaftet. Wie es heißt, soll der Beschuldigte die ihm zur Last gelegte Straftat in einem Ehescheidungsprozeß begangen haben.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich gestern in Schlutup. Der Dassower Brunnenbauer Grewe war in einem neuen Brunnenschacht in einer Tiefe von zirka 12 Metern mit Arbeiten beschäftigt, als plötzlich das Mauerwerk und der ganze Bau einstürzte und den unten Arbeitenden begrub. Mannschaften der Schlutuper Freiwilligen Feuerwehr nahmen sofort das Rettungswerk auf. Bis spät abends war es ihren Anstrengungen aber leider noch nicht gelungen, den lebendig Begrabenen ans Tageslicht zu befördern, so daß wenig Hoffnung auf Rettung des Verunglückten besteht. Wie wir soeben erfahren, wurde die Leiche des Verunglückten heute, Sonnabend, morgen um 11 Uhr geborgen.

Mit Käte Hyan, der gefeierten Sängerin zur Laute, wird der Lübecker Arbeiterbildungsverein am kommenden Mittwoch nachmittag und Donnerstag abend im Gewerkschaftshaus Liedervorträge aus alter Zeit veranstalten, die sicherlich das größte Interesse der Arbeiterschaft verdienen und finden werden. Am Mittwoch nachmittag ist die Veranstaltung für schulpflichtige Kinder gedacht, während am Donnerstag abend die Erwachsenen sich an der Kunst der trefflichen Sängerin erfreuen sollen, über die beispielsweise Dr. Ettlinger, der bekannte Mitarbeiter der Münchener „Jugend" schrieb: Frau Käte Hyan hat Ende Oktober 1910 für die Mitglieder der Neuen Freien Volksbühne einen Abend, „Lieder aus alter Zeit" veranstaltet. Der große Konzertsaal der Königlichen Hochschule für Musik war überfüllt und von zirka 1100 Personen besucht. Der Beifall, mit dem die verschiedenen Abteilungen des zirka zweistündigen Programms aufgenommen wurden, war ganz außerordentlich, und von irgendwelcher Ermüdung der Hörerschaft nicht die Spur zu bemerken, trotzdem Frau Hyan den Abend ganz allein und ohne jede Mitwirkung bestritt. Daß aus den Mitgliederkreisen der lebhafte Wunsch nach einer baldigen Wiederholung des Abends laut wurde, sei noch ausdrücklich bemerkt. Der Eintrittspreis beträgt zu dem Jugendkonzert am Mittwoch nur 10 Pfg. und zu dem Vortragsabend am Donnerstag nur 30 Pfg.

Das nächste Abonnements-Konzert, welches die Leitung des Gewerkschaftshauses am kommenden Mittwoch abend veranstaltet, verspricht einen ganz vortrefflichen Verlauf zu nehmen. Das Programm enthält wertvolle Werke der ersten älteren und neueren Meister, und dürfte allgemeinen Beifall finden. Den Schluß bildet ein fröhlicher Ball. Der Eintrittspreis ist so ein außerordentlich billiger, daß wohl ein zahlreicher Besuch zu erwarten ist.

Genossenschaftsregister. Am 9. März 1911 ist eingetragen bei der Firma Konsumverein für Lübeck und Umgegend, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht in Lübeck: Durch Beschluß der Generalversammlungen vom 18. und 28. Februar 1911 ist ein neues Statut festgestellt. Zu Vorstandsmitgliedern sind bestellt: Geschäftsführer Albert Henze, Kontrolleur Georg Stark, Kassierer Franz Jaeckstat, sämtlich in Lübeck.

Der St.-Jürgen-Liederkranz hält am Sonntag, dem 12. d. Mts. seinen ersten Ball, verbunden mit Gesangvorträgen, im Lokale „Heinrichshof", Ratzeburger Allee, ab. Da das Festkomitee sich alle erdenkliche Mühe gegeben hat, verspricht das Fest ein sehr schönes zu werden, so daß allen Festteilnehmern ein genußreicher Abend bevorsteht.

Hansa-Theater. Morgen, Sonntag, verabschiedet sich das jetzige Künstlerpersonal. Ausnahmsweise finden 2 Vorstellungen statt und zwar nachmittags 4 Uhr bei ermäßigten Preisen und abends 8¼ Uhr bei gewöhnlichen Preisen. In beiden Vorstellungen treten alle engagierten Kunstkräfte nebst den beiden Wunderkindern Edith und Herta Althoff auf.

Im Kaiser-Panorama wird uns in dieser Woche eine unvergleichlich schöne und interessante Mittelmeerreise vor Augen geführt. Wir besuchen Algier, Malta, Kairo, Beirut und Konstantinopel. Die Serie bietet für diejenigen, die für Natur schwärmen, sehr vieles, was das Auge entzückt und es sollte daher niemand versäumen, diesen hervorragend schönen Zyklus in Augenschein zu nehmen. Es wird hier ein Stück Welt gezeigt, das wohl den meisten Menschen aus Büchern bekannt sein dürfte, den wenigsten aber vergönnt ist, zu sehen. Die Eltern und Lehrkräfte werden ganz besonders auf diese Reise aufmerksam gemacht. Für die heranwachsende Jugend gibt es nichts Lehrreicheres und Interessanteres als die wöchentlich wechselnden Reise-Zyklen im Kaiser-Panorama.

Sylvester Schäffer junior, wohl der gefeiertste Varitee-Künstler der Gegenwart, beginnt am 16. März im Hansatheater ein kurzes Gastspiel. Berliner Blätter schreiben: Sylvester Schäffer, dieser ganz einzigartige junge Künstler, erregt mit seinen unendlich mannigfaltigen Kunstleistungen das Erstaunen und die Bewunderung des Publikums. Er ist die große „Attraktion" des Tages. Es ist interessant zu beobachten, welche Anziehungskraft eine einzelne eigenartige Persönlichkeit auf das Publikum auszuüben vermag. Das Theater, insbesondere in seinen vornehmeren Rängen, beginnt sich erst unmittelbar vor dem Auftreten des jungen Künstlers zu füllen; dann aber bleibt auch seit dem Tage der Premiere kaum ein Plätzchen leer und Hunderte müssen jeden Abend wieder den Heimweg antreten. Nicht nur die künstlerischen Leistungen, sondern auch der Werdegang, der bis zu diesen geführt hat, muß das Interesse der Öffentlichkeit erwecken. Erstaunt muß man sich fragen, wie es überhaupt möglich ist, daß ein einzelner Mensch eine so ausgesprochene Begabung auf den verschiedenartigsten, einander so fremd und fern liegenden Gebieten in sich zu vereinen mag? Diese Frage vermag freilich niemand, auch der junge Künstler selbst nicht, erschöpfend zu beantworten. Das ist auch nicht nötig. Seine Kunst wird auch in Lübeck die Begeisterung finden, die sich nicht auf das Werden, sondern das jetzige Können aufbaut.

Neues Stadt-Theater. Man schreibt uns: Morgen Sonntag, nachmittags 3 Uhr, ist Leo Falls erfolgreiche Operette „Die geschiedene Frau" angesetzt. Abends 7½ Uhr gelangt zum letzten Male G. Puccinis reizvolle Oper „Madame Butterfly" und dazu das Ballett-Divertissement „Alt-Wien" zur Aufführung. — Am Montag kommt Shakespeares Schauspiel „Ein Wintermärchen" mit der Musik von Friedrich von Flotow zur nochmaligen Wiederholung. — Für Dienstag befindet sich Albert Lortzings komische Oper „Der Wildschütz" in Vorbereitung. — Am Donnerstag, dem 16. März wird der berühmte Charakter-Komiker Carl William Büller ein nochmaliges Gastspiel als Amtsvorsteher Wehrhahn in Gerhart Hauptmanns Diebeskomödie „Der Biberpelz" absolvieren.

Stadthallen-Theater. Man schreibt uns: Morgen, Sonntag, gelangt Hermann Sudermanns wirkungsvolles Schauspiel „Heimat" zur Aufführung.

---

* **Schwartau.** Der Sozialdemokratische Verein Schwartau-Rensefeld veranstaltet am Sonntag, dem 12. März 1911, nachmittags 3 Uhr, im Gasthaus Transvaal einen wissenschaftlichen Vortrag über das Thema: Reichsverfassung und Reichstag. Als Redner ist der Genosse Fr. Bartels aus Altona gewonnen. In Anbetracht der kommenden Kämpfe ist dieses Thema aktuell und zu wünschen, daß sich die Genossen und Genossinnen, sowie die Gewerkschaftsmitglieder zahlreich beteiligen.

Hamburg. Neues Unglück auf der Vulkan-Werft. Menschenopfer unerhört hat der Vulkan-Werftbetrieb schon gefordert, trotz der kurzen Zeit, die die Werft erst in Betrieb genommen ist. Am Freitag morgen, kurz vor 8 Uhr, waren auf der Vulkan-Werft Monteure mit dem Aufstellen eines von der Benrather-Maschinenfabrik Duisburg gelieferten 200-Tons-Turmkranes am Roßhafen beschäftigt. In einer Höhe von 50 Metern hatte man auf Menzbäumen eine Stellage errichtet, auf der die drei Schlosser Schneidereit, Kersten und Karolewski arbeiteten. Alle drei waren damit beschäftigt, ein horizontales Verbindungsstück, ein sogenanntes U-Eisen, das zirka 500 Kilo schwer ist, zwischen zwei Säulen zu befestigen. Man hatte das U-Eisen bereits mit Dampfkraft zu der Stellage, auf der die drei Schlosser standen, emporgewunden und wollte das eine Ende an der einen Säule festmachen, als das Eisen plötzlich rutschte. Der fünf Meter lange Träger stürzte auf die Stellage, zersplitterte einen Menzbaum, durchschlug die darauf liegenden Stellagebretter und fiel auf eine zehn Meter tiefer befindliche Plattform. Beim Sturz auf die Stellage hatte das Eisen den Schlosser Schneidereit über die Brüstung gerissen. Der Verunglückte wurde aus der Höhe von fünfzig Metern in die Tiefe geschleudert, wo er tot liegen blieb. Seine beiden Kollegen, die Schlosser Kersten und Karolewski fielen mit dem Träger auf die zehn Meter tiefer befindliche Plattform, wo man sie schwer verletzt auffand. Ein untenstehender Mann, der Schlosser Winterlich, wurde von einem herabfallenden Gerüstteil am Kopf getroffen und nicht unerheblich verletzt. Die Verunglückten wurden alle ins Hafenkrankenhaus transportiert. Die Verletzungen, die die Schlosser Kersten und Karolewski erlitten haben, sind lebensgefährlich. Wer oder was die Schuld an dem grausigen Unglück hat, wird vielleicht die Untersuchung ergeben.

Hamburg. Abgemilderte Klassenjustiz. Anfang Dezember 1910 berichteten wir über ein Streikurteil des Hamburger Amtsrichters von Lößl. Dasselbe wurde auch von verschiedenen bürgerlichen Blättern als ein Ausfluß der Klassenjustiz bezeichnet. Ein Werftarbeiter Düßler war von dem Forum dieses Richters, das sich in „solchen Dingen" immer als scharf erweist, aus § 153 der Gewerbeordnung zu dem Strafmaximum von drei Monaten Gefängnis verurteilt worden, nachdem zwei Belastungs- und zwei Entlastungszeugen vernommen worden waren. Mit Rücksicht auf die Strafhöhe glaubte von Lößl, den verheirateten, bisher unbestraften Angeklagten in Haft nehmen zu sollen, wie auch die beiden Entlastungszeugen wegen Verdachts des Meineids in Haft gerieten. In der schriftlichen Urteilsbegründung führt der schneidige Richter aus, „die anderen Entlastungszeugen, die bereit waren, dasselbe zu beschwören (wie die Zeugen Graf und Brandt), sind nicht vernommen worden, um sie vor einem Meineid zu bewahren." Gegen dieses horrende Urteil legte Düßler Berufung ein, die am Dienstag die Strafkammer I in mehr als fünfstündiger Sitzung beschäftigte. Erinnert sei daran, daß die drei Verhafteten bereits am folgenden Tage auf freien Fuß gesetzt worden sind, da der zuständige Richter die Voraussetzungen des Amtsrichters von L. nicht als vorliegend erachtete und daß die Staatsanwaltschaft die Erhebung einer Meineidsanklage ablehnte. Während der Angeklagte wie die Zeugen Graf und Brandt behaupteten, daß die inkriminierten Worte — Streikbrecher, Heidelberger, Halunken — seitens der Angeklagten nicht gefallen seien, bekundeten zwei Arbeitswillige das Gegenteil. Das Gericht hob nach langer Beratung das merkwürdige Urteil auf und erkannte nur wegen Beleidigung auf eine Gefängnisstrafe von zwei Wochen. Sämtliche Zeugen seien glaubwürdig, nur hätten die Entlastungszeugen sich nicht in unmittelbarer Nähe des rufenden Angeklagten aufgehalten, so daß sie bei dem Tumult dessen Worte nicht vernanden hätten. Auf Gefängnis müsse erkannt werden mit Rücksicht auf die Situation, in der sich die Arbeitswilligen befanden. — Das Urteil erster Instanz ist somit beseitigt. Aber auch das jetzt gefällte Urteil ist mit dem allgemeinen Rechtsempfinden des Volks unvereinbar. Selbst wenn die beleidigenden Worte gefallen sein sollten — wie läßt sich die auch jetzt noch bestehende Strafhöhe rechtfertigen? Mißt man der Gesamtsituation eine auf das Strafmaß erhebliche Bedeutung bei, so könnte sie doch nur strafmildernd ins Gewicht fallen. Und dennoch — Freiheitsstrafe! Wie viele, weit schwerer wiegende Beleidigungen, die Studenten, Gutsbesitzer oder Beamte sich zuschulden kommen ließen, sind mit einer geringen Geldstrafe gesühnt. Auch das Strafkammer-Urteil atmet den Geist der Klassenjustiz, der, wie in einer als Festschrift zum 60jährigen Jubiläum des Professor Lißt jüngst erschienenen Abhandlung des Rechtsanwalts Dr. Siegfried Weinberg „Die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiter und die Strafrechtspflege", treffend dargelegt wird, die Richter verfallen, weil und soweit sie die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiterklasse nicht objektiv zu beurteilen vermögen. Das ist der Grund, weshalb die Strafmilderungsgründe, die für die Beurteilung einer Straftat vorliegen, die anläßlich eines Streikes begangen ist, so oft als Strafschärfungsgründe erachtet werden.

Gülzow (Lauenburg). Gemeindewahlsieg. Am 8. März fand hier die Gemeindevertreterwahl statt, die für unsere Genossen einen schönen Sieg brachte. In der dritten Klasse erhielt der Genosse Dochau von 36 abgegebenen Stimmen 29. 7 Stimmen waren zersplittert. Die Bürgerlichen hatten es gar nicht erst der Mühe wert gehalten, einen Kandidaten aufzustellen. Bei der zweiten Wählerklasse zeigten die Gegner etwas mehr Mut, sie erhielten aber doch nur 11 von 24 abgegebenen Stimmen, so daß unser Genosse Löwe mit 13 Stimmen gewählt wurde. In der ersten Klasse siegten aus den bekannten Gründen die Bürgerlichen. Wir können mit dem Resultat zufrieden sein, aber immerhin müssen sich die Arbeiter bewußt werden, daß künftig eine noch regere Wahlbeteiligung notwendig ist.

Kiel. Die Preßfreiheit mit dem Galgen daneben. Zu der schon gestern von uns gemeldeten Verurteilung des verantwortlichen Redakteurs der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung", Genossen Henschel, wird noch folgendes geschrieben: Es ist dies schon der zweite Redakteur der „Volksztg.", der wegen Beleidigung der Bonner Richter und Staatsanwälte verurteilt wird, und zwar in sehr kurzer Zeit. Am 29. November v. J. wurde Genosse H. Brecour wegen angeblicher Beleidigung derselben Personen zu 600 Mk. Geldstrafe verurteilt. Im Anschluß an den Bericht über diesen Prozeß veröffentlichte die „Volks-Zeitung" ein Urteil des Dortmunder Schwurgerichts, durch das ein Bauarbeiter, der in trunkenem Zustande Steine auf die Eisenbahnschienen gelegt hatte, zu einem Jahr zwei Monaten Zuchthaus verurteilt wurde. Ein Schaden war durch die Tat des Bauarbeiters nicht entstanden, denn die Steine wurden rechtzeitig wieder weggenommen. Einige Tage später veröffentlichte die „Volks-Zeitung" ein Urteil der Kieler Strafkammer II, wodurch ein geistig minderwertiges 16jähriges Mädchen wegen Brandstiftung zu einem Jahr 8 Monaten Gefängnis verurteilt wurde. In beiden Artikeln wurden Vergleiche angestellt mit dem Urteil der Bonner Strafkammer in dem bekannten Borussenprozeß. Hierin entdeckte die Kieler Staatsanwaltschaft den Vorwurf der Klassenjustiz gegen die Bonner Richter und Staatsanwälte. Genosse Henschel brachte umfangreiches Material vor, um zu beweisen, daß auch bürgerliche Zeitungen und Parlamentarier das Bestehen der Klassenjustiz zugegeben haben. Dieses Material zur Verlesung zu bringen, lehnte das Gericht ab. Ebenfalls wurde auch ein Antrag des Staatsanwalts abgelehnt, der dahinging, einige andere Artikel aus der „Volks-Zeitung" zu verlesen. Er wollte damit die Tendenz der „Volks-Zeitung" beweisen, die dahin geht, alle staatliche Autorität herabzuwürdigen. Es waren dies zwei Artikel, die angeblich von Beleidigungen gegen den Reichskanzler strotzten. Zwei andere Artikel sollen den verstorbenen Oberstaatsanwalt Peterson noch auf dem Totenbett beleidigt haben. Den Höhepunkt erreichte aber der Staatsanwalt Milisch, als er in seinem Plädoyer ausführte, dem Angeklagten dürfe seine bisherige Straflosigkeit nicht zugute gehalten werden. Als verantwortlicher Redakteur müßten ihm auch die früheren Bestrafungen der „Volks-Zeitung" strafverschärfend in Anrechnung gebracht werden. Damit werde es gelingen, einen besseren Ton in die Zeitung zu bringen. Der Staatsanwalt bat auch ausdrücklich, nicht auf eine Geldstrafe zu erkennen, weil diese doch von der Partei bezahlt werde. Er beantragte sechs Monate Gefängnis oder, wenn man doch auf Geldstrafe erkennen wolle, für jede Beleidigung 1000 Mk. Das Urteil lautete auf vier Monate Gefängnis. Das Gericht war der Ansicht, daß der Angeklagte diese Artikel in der Absicht veröffentlicht hatte, die Richter zu beleidigen. Wegen der Schwere der Beleidigung sei von einer Geldstrafe abgesehen. Den Strafantragstellern wurde auch Publikationsbefugnis zuerkannt. Dies Urteil und seine Begründung eröffnen ja liebliche Aussichten für sozialdemokratische Preßsünder. Wenn die Richter aber glauben sollten, daß sie damit dem Volke die Überzeugung, daß es keine Klassenjustiz gibt, beibringen werden, täuschen sie sich sehr. — „Renitente Arbeiter." Durch vier Gendarmen wurden 15 Erdarbeiter, die mit noch 40 anderen bei Nettelsee, wo sie am Bahnbau arbeiteten, großen Krawall verübt und die Kantine des Wirts Eichler demoliert hatten, dem Gerichtsgefängnis zugeführt. Die Schachtmeister und Vorarbeiter mußten vor den Leuten in die Försterei Nettelau flüchten, wo der Förster den Arbeitern mit geladenem Gewehr entgegentreten mußte, um sie zurückzuhalten. Die Ursache des Krawalls soll die infolge der schlechten Witterung erfolgte vorläufige Arbeitseinstellung sein. So lautet ein Bericht der „Kieler Neuesten Nachrichten". Die Arbeiter sind selbstredend die Schuldigen: sie haben randaliert und müssen ins Gefängnis. Die „Volkszeitung" hat aber erst kürzlich geschildert, in welcher traurigen Lage sich die Arbeiter befinden, die wegen eingetretener Stockungen beim Kanalbau nicht weiterarbeiten können, insbesondere solche, die für ihre in der Heimat zurückgelassene Familie mit zu sorgen haben. Anstatt nun das Elend zu mildern, wird es von gewissenlosen Unternehmern noch dadurch verschärft, daß sie Ausländer in großer Zahl importieren.

Spielplan der Vereinigten Stadttheater, Lübeck.

Vom 12. bis 20. März 1911.

Neues Stadt-Theater. Sonntag, den 12. März, Nachmittag 3 Uhr: „Die geschiedene Frau", Operette von Leo Fall. Abends 7½ Uhr: „Madame Butterfly", Oper von G. Puccini. Hierauf: „Alt-Wien", Ballett-Divertissement. Montag, den 13. März: „Ein Wintermärchen", Schauspiel von W. Shakespeare. Dienstag, den 14. März: „Der Wildschütz", Komische Oper von Alb. Lortzing. Mittwoch, den 17. März: „Die Fledermaus", Operette von Joh. Strauß. Donnerstag, den 16. März: Gastspiel Carl William Büller, „Der Biberpelz", eine Diebeskomödie von Gerhart Hauptmann. Freitag, den 17. März: „Mignon", Oper von A. Thomas. Sonnabend, den 18. März: Gastspiel Alois Pennarini, „Götterdämmerung", letzter Tag des „Ring des Nibelungen". Sonntag, den 19. März, nachmittags 3 Uhr: „Das Käthchen von Heilbronn", Romantisches Schauspiel von Heinrich v. Kleist. Abends 7 Uhr: „Der Wildschütz", Komische Oper von Lortzing. Hierauf: „Versiegelt", Komische Oper von Leo Blech. Montag, den 20. März: Erhöhte Preise, letztes Gastspiel der Kgl. Sächs. Kammersängerin Eva von der Osten, „Carmen", Oper von G. Bizet.

Stadthallen-Theater. Sonntag, den 12. März: „Heimat", Schauspiel von H. Sudermann. Donnerstag und folgende Tage: Gastspiel des Fritz Steidl-Ensembles. Der Sensationsschlager des Berliner Metropol-Theaters: „Halloh! Die große Revue!" von Julius Freund, Musik von Paul Linke.

Hamburger Butterpreise.

Hamburg, den 10. März.

1. Qualität	132—137 Mk
2. „	120—128 „
Russisch-Sibirische I. Qualität, verzollt	117—122 „
do. II. do.	105—116 „

Quittung.

Von den organisierten Schlachtergehilfen gingen ein für die Reichstagswahlen . . . . . 54,50 Mk.

Das Parteisekretariat.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Zur Konfirmation

bieten wir durch Zusammenstellung von

4 vollständigen Konfirmanden-Ausstattungen

die denkbar günstigste Kaufgelegenheit.

Ausstattung I.

1 Anzug, Cheviot	Mk.	6.90
1 Paar Schnürstiefel	„	3.95
1 Hut	„	1.75
1 Kragen und Vorhemd	„	0.40
1 Krawatte	„	0.20
1 Paar Manschetten	„	0.30
1 Paar Handschuhe	„	0.80
Ganze Ausstattung	Mk.	14.30

Ausstattung II.

1 Anzug	Mk.	8.50
1 Paar Schnürstiefel	„	4.75
1 Hut	„	2.10
1 Kragen und Vorhemd	„	0.40
1 Krawatte	„	0.30
1 Paar Manschetten	„	0.35
1 Paar Handschuhe	„	1.00
Ganze Ausstattung	Mk.	17.40

Ausstattung III.

1 Anzug, Kammgarn	Mk.	12.50
1 Paar Schnürstiefel	„	5.20
1 Hut	„	2.25
1 Kragen und Vorhemd	„	0.40
1 Krawatte	„	0.35
1 Paar Manschetten	„	0.35
1 Paar Handschuhe	„	1.20
Ganze Ausstattung	Mk.	22.25

Ausstattung IV.

1 Anzug	Mk.	16.50
1 Paar Schnürstiefel	„	6.50
1 Hut	„	2.75
1 Kragen und Vorhemd	„	0.60
1 Paar Manschetten	„	0.35
1 Paar Handschuhe	„	1.50
1 Krawatte	„	0.50
Ganze Ausstattung	Mk.	28.70

Mädchen-Konfirmandenstiefel 4^{75} 5^{50} 6^{50} Mk.

Wir bitten um Besichtigung unseres Lagers ohne jeden Kaufzwang.

Franzen & Co., Holstenstraße Nr. 16.

Am Sonntag, 12. März:

Tanzkränzchen

in nachstehenden Lokalitäten:

Friedr.-Franz-Halle
Großes Tanzkränzchen.
Anf. 4 Uhr. Eintr. frei
L. Stamer.

FLORA.
Großes Tanzkränzchen.
Anfang 4 Uhr. Ende 2 Uhr.
Eintritt frei. Max Siems.

Gesellschaftshaus Marli.
Marlistr. 18.
Freies Tanzkränzchen.
Heinrich Kaben.

Friedrichshof.
Großer Tanz.
Anfang 5 Uhr. Ende 1 Uhr.
Eintritt frei. J. H. Hagelstein.

Hansa-Halle.
Großes Tanzkränzchen.
Anf. 5 Uhr. Eintr. frei. Ende 1 Uhr.
Abonnem. 50 Pfg. J. Rieck.

Wakenitz-Bellevue.
Heute Sonntag:
Freies Tanzkränzchen.
H. Fürböter.

Wilhelm-Theater.
Jeden Sonntag von 5—1 Uhr:
Tanzkränzchen

HANSA THEATER

Sonntag, 12. März:
Gr. Abschieds-Vorstellung

Gastspiel. Die größte Neuheit der internation. Varieté-Bühne
La puissance de la musique
(Die Macht der Musik.)
Die Wunderkinder
Edith Althoff, 8 Jahre alt,
Hertha Althoff, 5 Jahre alt.

Sowie die übrigen Attraktionen.
Vorverkauf bei Sager.

Nachmittags 4 Uhr:
Einzige Nachm.-Vorstell. zu ermäßigten Preisen.
Auftreten aller engagierten **Kunstkräfte.**
Verkauf nur an d. Theaterkasse.

St. Jürgen- Liederkranz.

Einladung zum Ball

verbunden mit Gesangvorträgen
am Sonntag, dem 12. März 1911
im Konzerthaus „Heinrichshof".
Anfang 6 Uhr. Eintritt 50 Pfg. **Das Festkomitee.**

Zentral-Hallen.

Sonntag, den 12. März 1911:
II. grosse öffentliche
Volks-Maskerade
und Kappenfest für Zuschauer.
H. Pagel.

Freiw. Feuerwehr Genin.

Sonntag, den 12. März
22. Stiftungsfest
verb. mit Theater-Aufführungen
im Lokale des Kameraden G. Müller daselbst. Es ladet freundlichst ein
Der Vorstand.

Adlershorst.
Jeden Sonntag: **Tanzkränzchen**

Achtung!
Schauerleute
Sektions-Versammlung
am Montag, dem 13. März
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.
Tages-Ordnung:
1. Maifeier.
2. Innere Verbandsangelegenheiten.
Der Vorstand.

Gesangverein der Zimmerer.

Einladung zum
Kappenfest
verbunden mit
humoristischen u. Gesangvorträgen u. Ball
am Sonntag, dem 12. März 1911
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.
Anfang 5 Uhr.
Eintritt 50 Pfg. Einzelne Damen 20 Pfg., wofür Garderobe frei.
Das Komitee.

Waisen-Hof. Sonntag: Tanz
Eintritt frei. Gustav Gipp.

Gewerkschaftshaus Lübeck
Johannisstraße 50—52.

Spezialität: Frühstücks- u. Abendplatte. Zivile Preise.
ff. bürgerl. Mittagstisch 65 Pf. von 12—2 Uhr.
Ausschank von ff. Märzen-Bock.

Stadthallentheater.
Sonntag, 12. März. Abds. 7½ Uhr.
Heimat.
Schauspiel von H. Sudermann.
Vorverkauf täglich in den bekannten Stellen bei **Nagel**, Markt 14, und **Roß**, Kohlmarkt 13.

Neues Stadttheater.
Sonntag, 12. März. Nachm. 3 Uhr.
Außer Abonnement.
Bei kleinen Preisen!
Die geschiedene Frau.
Operette von Leo Fall.
Sonntag, 12. März. Abds. 7½ Uhr.
Voll-Abon. 152. Große Preise.
Zum letzten Male.
Madame Butterfly.
(Die kleine Frau Schmetterling.)
Oper von G. Puccini.
Hierauf: **Alt-Wien.**
Ballettdivertissement.
Montag, 13. März. 7½ Uhr.
Ein Wintermärchen
Schauspiel von W. Shakespeare.
Musik von F. von Flotow.
Vorläufige Anzeige!
Donnerstag, 16. März. Mittelpreise!
Gastspiel C. W. Büller
Der Biberpelz.
Diebeskomödie v. Gerh. Hauptmann.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 60. Sonnabend, den 11. März 1911. 18. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten"

Berlin, den 10 März 1911.

144. Sitzung. Nachmittags 3 Uhr.

Am Bundesratstische: Kraetke.

Zweite Lesung des Postetats.

(Dritter Tag.)

Die Beratung soll mit der Abstimmung über die zum Titel „Staatssekretär" gestellten Resolutionen beginnen. Die Abstimmung über die Resolution der Abgg. Beckh (NL.) und Eickhoff (Vp.), den Oberpost- und Telegraphen-Assistenten, sowie den Vorstehern der Postämter II, die schon vor dem 1. Januar 1900 in den Dienst getreten sind, und bereits 3 Jahre lang das Höchstgehalt bekommen haben, eine persönliche Zulage von 300 Mk. zu gewähren, soll eine namentliche sein.

Diese Resolution stimmt wörtlich überein mit einer Resolution der Budgetkommission, die zu dem betr. späteren Titel gestellt ist.

Es entspinnt sich zunächst eine längere

Geschäftsordnungsdebatte.

Frhr. von Gamp (Rp.) wirft unter lebhafter Zustimmung der Rechten und lebhaftem Widerspruch der Nationalliberalen und Liberalen den Abgg. Beckh und Eickhoff illoyales Verhalten vor, sie hätten ja beantragen können, die Resolution der Budgetkommission schon beim Titel 1 zur Abstimmung zu bringen.

Dröscher (K.) schließt sich diesen Vorwürfen an, der Antrag der Herren Beckh und Eickhoff solle im Lande den Anschein erwecken, als ob hinter den Postbeamten besonders die Freisinnigen und Nationalliberalen stehen. (Lebhaftes Bravo! rechts, andauernder Lärm links.)

Bassermann (NL.) weist den Vorwurf der Illoyalität zurück; das Zentrum habe einen Teil der in der Resolution behandelten Materie in seiner Resolution aufgegriffen und deshalb sollte über die ganze Resolution abgestimmt werden. Eine Verständigung hierüber mit dem Vorsitzenden der Budgetkommission, Freiherrn v. Gamp, war nicht möglich, da er gestern abend nicht mehr im Hause anwesend war.

Eickhoff (FVp.) unterstreicht das Fehlen des Frhrn. v. Gamp, der gewöhnlich, oder er wolle lieber sagen: recht häufig, nicht hier sei.

Freiherr von Gamp (Rp.) protestiert hiergegen ganz energisch.

Gröber (Z.) mahnt die erregten Gemüter, sich zu besänftigen.

Dröscher (K.): Das Vorgehen der Herren Beckh und Eickhoff ist umso bezeichnender, als in der Budgetkommission der Gedanke der Resolution von mir angeregt wurde. (Hört, hört! rechts. Unruhe links.)

Eickhoff (FVp.) und Beckh (NL.) protestieren gegen den Vorwurf, sich mit fremden Federn zu schmücken und werfen dies Herrn Dröscher vor. In der Kommission hätten sie einen noch weitergehenden Antrag eingebracht, der aber abgelehnt wurde und dann habe Dröscher ihren Gedanken aufgegriffen und sich mit ihnen über die Form verständigt. (Hört, hört! links.)

Dröscher (K.): Ihr weitergehender Antrag war ja nur aus Agitationsrücksichten gestellt. (Sehr gut! rechts. Großer Lärm links. Glocke des Präsidenten.)

Bebel (SD.): Wir wollen uns in den Streit dieser Herren nicht einmischen. Uns ist eine andere Angelegenheit sehr wichtig. Nach § 44 der Geschäftsordnung darf das Wort zur Geschäftsordnung nur nach freiem Ermessen des Präsidenten erteilt werden, und zwar nur

auf die Dauer von fünf Minuten.

Diese Bestimmung ist in den

denkwürdigen Dezembertagen des Jahres 1902

bei den Debatten über den Zolltarif in die Geschäftsordnung aufgenommen, und zwar auf Antrag des Herrn Gröber. (Hört, hört! b. d. Soz.) Herr Gröber hat seinen eigenen Antrag mißhandelt, denn er hat volle 9 Minuten gesprochen (Heiterk.) und Freiherr v. Gamp, der jenen Antrag mit gestellt hat, hat sogar 15 Minuten gesprochen. (Gr. Heiterk.) In eklatanter Weise haben die Antragsteller selbst erwiesen, daß der § 44 der Geschäftsordnung unhaltbar ist, meine Fraktion wird daher bei erster Gelegenheit den Antrag auf Wiederherstellung des früheren Zustandes stellen und wir erwarten, daß die Herren Gröber und v. Gamp uns dann zustimmen werden. (Heiterk. und Sehr gut! bei den Sozialdemokr.)

Präsident Graf Schwerin dankt dem Abg. Bebel dafür, daß er auf den § 44 aufmerksam macht und gibt dem Abg. Dröscher, der sich noch mehrmals zur Geschäftsordnung meldet, nicht mehr das Wort.

Es wird beschlossen, über die Resolution der Kommission bei Titel 1 mit abzustimmen, und zwar namentlich.

Die Resolution des Zentrums betr. Neuregelung der Dienstverhältnisse der Reichsbeamten wird angenommen.

Die Resolution des Zentrums, welche den Postassistenten und Oberpostassistenten usw. nach 24jähriger Dienstzeit eine persönliche Zulage geben und zugleich die nicht etatsmäßigen Unterbeamten nach 10jähriger Dienstzeit etatsmäßig angestellt haben will, wird abgelehnt.

Die Resolution der Kommission, die mit der oben mitgeteilten Resolution Beckh-Eickhoff identisch ist, wird mit 255 gegen 55 Stimmen angenommen, die Resolution Beckh-Eickhoff ist damit erledigt.

Beim Kapitel „Betriebsverwaltung. Besoldungen" hat die Kommission 5 Oberposträte und Posträte und 2 Oberpostinspektoren gestrichen. Die Abgg. Dr. Dröscher (K.), Beckh (NL.) und Lattmann (WVgg) beantragen die Wiedereinsetzung der gestrichenen Stellen in den Etat.

Dieser Antrag wird mit den Stimmen des Zentrums, der Freisinnigen und Sozialdemokraten abgelehnt.

Zum Titel „Unterbeamte" beantragen die Abgg. Albrecht (SD.) und Gen. eine Revision des Beamtenbesoldungsgesetzes in dem Sinne vorzubereiten, daß eine angemessene Erhöhung der durchaus unzulänglichen Bezüge der Postunterbeamten eintritt.

Von den Abgg. Dr. Dohrn (Vp.) und Gen. liegt ein Antrag auf Ausgleichung der unbeabsichtigten Härten bei der Regelung der Bezüge der Unterbeamten vor.

von Richthofen (K.) wünscht eine Änderung der Wohnungsgeldzuschüsse für die Unterbeamten.

Heckscher (Vp.) bittet den Staatssekretär, zu erklären, wann eine Antwort auf die vielen Petitionen aus Beamtenkreisen um Abänderung der Wohnungsgeldzuschüsse zu erwarten sei.

Staatssekretär Kraetke erwidert, daß die Petitionen eingehender Prüfung bedürften.

Eichhorn (SD.): Nachdem Sie mit großer Mehrheit den Oberpostassistenten eine Zulage gegeben haben, sollte es selbstverständlich sein, daß Sie auch unserem Antrage im Interesse der Unterbeamten zustimmen. Ich beantrage über ihn die namentliche Abstimmung.

Staatssekretär Kraetke: Die Wünsche der Unterbeamten sollen geprüft werden, aber man

darf die Sache nicht übereilen.

(Ironische Heiterkeit bei den Soz.)

Die sozialdemokratische Resolution wird mit 162 gegen 139 Stimmen bei einer Stimmenthaltung abgelehnt, die fortschrittliche Resolution wird mit den Stimmen der Linken, der Polen und Antisemiten angenommen.

Beim Titel „Post- und Telegraphenämter" bittet Abg. Böhle (SD.), die Postverwaltung möge doch endlich die berechtigten Wünsche der Straßburger Handelskammer erfüllen und entsprechend der Zunahme der Bevölkerung für Vermehrung des Beamtenpersonals bei den Straßburger Postämtern sorgen. Die Schalter allein tun es nicht, wenn es an der genügenden Zahl von Schalterbeamten fehlt und das Publikum sich vor den Schaltern staut. Auch die Zahl der Briefträger ist ungenügend, in manchen Stadtteilen findet die erste Bestellung erst um 10½ Uhr statt. Solche Zustände sind

einer großen Stadt unwürdig.

In Metz treibt die Postverwaltung

Propaganda für den Flottenverein;

dazu ist sie nicht da. (Zust. b. d. Soz.)

Ein Bundesratskommissar sagt Prüfung der Straßburger Beschwerden zu.

Der Titel wird bewilligt.

Es folgt der Titel „Oberpostassistenten".

Dr. Stengel (Vpt.) regt an, in den Scheckämtern wesentlich weibliche Kräfte zu verwenden, die sich besser als männliche zur Bedienung von Rechen- und Schreibmaschinen eignen.

Dr. Arendt (Rp.) wünscht die berechtigten Wünsche der Telephonistinnen berücksichtigt zu sehen, aber besondere Vorrechte dürfe das weibliche Personal nicht haben.

Dr. Heckscher (Vpt.): Der Staatssekretär sollte sich als Junggeselle das Wohlwollen der Damen sichern (Große Heiterkeit) und deshalb die Wünsche der Hamburger Telephonistinnen erfüllen. Der Redner fragt ob eine Verfügung existiert, durch welche frühere Dienstmädchen vom Postdienst ausgeschlossen werden.

Staatssekretär Kraetke: Eine solche Verfügung existiert nicht, wir verlangen lediglich Umsicht und gute Schulbildung.

Goercke (NL.) wünscht, daß das Publikum größere Nachsicht mit den Telephonistinnen habe, es könne doch wirklich leicht vorkommen, daß ein Stöpsel mal in eine falsche Nummer gesteckt würde. (Große Heiterkeit.)

Der Titel wird angenommen.

Die Ostmarkenzulagen für mittlere und Unterbeamte beantragt Abg. v. Czerlynski (Pole) abzulehnen.

Die Mehrheit, bestehend aus der Rechten, den Nationalliberalen und den Freisinnigen, mit Ausnahme der Abgeordneten Gothein und Fegter, beschließt die Beibehaltung.

Zum Kapitel „Betriebskosten" beantragen die Abgeordneten Albrecht (Soz.) und Gen., daß Arbeiten und Lieferungen für die Reichspostverwaltung nur an solche Firmen vergeben werden, die in Beziehung auf die Arbeitsbedingungen die gesetzlichen Vorschriften einhalten und sich verpflichten, zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen auf den Abschluß von Tarifverträgen hinzuwirken.

Lehmann-Wiesbaden (SD.): Beim Marineetat ist unsere entsprechende Resolution in namentlicher Abstimmung mit großer Mehrheit angenommen worden. Unsere vorhin abgelehnte Resolution zugunsten der Unterbeamten hat Herr Lattmann als „unsinnig" bezeichnet. (Hört, hört! bei den Soz.) Nun, 139 Abgeordnete haben sich doch für diesen „Unsinn" erklärt. Auch unsere jetzige Resolution entspricht nur den bescheidensten Forderungen der Sozialpolitik, ich bitte Sie, sie anzunehmen. (Bravo! bei den Soz.)

Behrens (WVg.): Ich glaube, beim Marineetat haben viele Abgeordnete

nur aus Versehen

für die Resolution gestimmt. (Aha! bei den Soz.) — Der erste Teil der Resolution ist überflüssig, der zweite Teil muß allgemein und nicht durch einzelne Ressorts geregelt werden. Wir werden daher gegen die Resolution stimmen.

Lehmann (SD.): Herr Behrens stellt ja dem Reichstag ein sehr ehrenvolles Zeugnis aus, wenn er meint, unsere Resolution sei beim Marineetat nur aus Versehen angenommen worden. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Die Resolution Albrecht (Soz.) wird gegen die

Die Vagabunden.

Von Karl v. Holtei.

(3. Fortsetzung.)

„Aber ihr Kind?" rief ich, auf Dich weisend.

Das macht' ihn stumm und nachdenklich. Doch durch diese Äußerung war mir der Brief wiederum in den Sinn gekommen und war mir eingefallen, daß sie ihn in ihren Schubkasten gelegt. Ich holte ihn alsogleich heraus, nahm meine Brille — denn ich brauchte schon damals eine Brille — und las, Anton. Ach, ich weiß ihn auswendig, den gottverfluchten Brief. Er war nicht von ihm, nicht von Deinem jungen Vater; von seiner Mutter war er geschrieben, von der alten Gräfin:

Wenn das liederliche Weibsbild, schrieb sie, welches meinen Sohn, da er noch ein unmündiger Knabe gewesen, listig verführt hat, nicht aufhört, ihn und uns mit ihren frechen Briefen zu belästigen, so werd' ich sie samt ihren ruchlosen Eltern und die ganze schlechte Wirtschaft in N. den Behörden zur strengsten Bestrafung anzeigen. Für den Bankert wird kein Heller mehr gezahlt, nachdem das Gesindel meinem Sohne schon bedeutende Summen zum Aufbau von Häusern abzuschwindeln gewußt. Dies ist das letzte Wort in dieser schmutzigen Angelegenheit.

So lautete ungefähr der Frau Gräfin liebreiche Zuschrift. Nun wurde mir augenblicklich klar, was Deine Mutter so spät am Abend noch bei Bildhauers gewollt. Sie, die auch nicht das geringste Geschenk von ihrem Liebhaber angenommen, war empört über solche ungerechte Vorwürfe; war empört über die Habsucht der Bildhauerleute, die gewiß falsches Spiel gespielt und in Nettens Namen dem jungen Grafen das Geld abgebettelt hatten, womit sie sich aus ihrer eigenen Not gerissen. Das war mit Händen zu greifen: Deine Mutter wollte sie zu einem Geständnis zwingen; deshalb der nächtliche Besuch. Aber warum kehrte sie nicht zurück? Das blieb mir ein Rätsel. Hielt das schlechte Volk sie vielleicht mit Gewalt? Hatte man sie vielleicht eingesperrt, um sie durch Drohungen zum Schweigen zu bewegen?

Es litt mich nicht. Deinem Großvater schärft' ich ein, auf Dich acht zu haben, und in des Heilands Namen begab ich mich auf den Weg, trotz Wind und Wetter. Ich mußte durchs Städtchen gehen, um aus unserer Vorstadt nach der Brücke zu kommen. Auf dem Wege fand ich alles in Alarm. Weiber standen vor den Türen und erzählten sich mit jammervollen Gebärden; Männer, Jungen rannten mit langen Stangen, mit Haken, mit Äxten bewaffnet durch die Gassen. Auf meine ängstlichen Fragen, was es doch gäbe, vernahm ich nur einen Ruf: Das Wasser! Das Wasser!

Und als ich nun die Brücke erreichte, — bis oben hinauf, schier bis an die hohe Wölbung drängte sich die Flut, so gelb, so trübe, wie ich sie im Traume gesehen. Unten war alles ein Meer. So schnell war es über Nacht gewachsen, daß die Bewohner der Hütten am unteren Ufer kaum Zeit gefunden, ihr Leben zu retten. Die hölzernen Häuser schwammen stückweis auf dem Strome fort. Bildhauers Neubau war zusammengestürzt, von den Seinigen niemand gerettet, weil dies Haus am tiefsten gelegen. Christinens Leichnam spülte das Wasser eine Meile weiter hinab auf eine Wiese. Die übrigen wurden nicht gefunden, auch Deine Mutter nicht, lieber Anton."

Hier brach die alte Gokisch ihre Erzählung ab. Sie konnte vor Schluchzen nicht weiter sprechen.

Anton hatte keine Tränen. Schweigend erhob er sich vom Boden, wo er gesessen, fiel seiner Großmutter um den Hals, drückte einen langen Kuß auf ihre welken Lippen. Dann gingen sie mit einander ins Häuschen, und ohne eine Schnitte Brot zu berühren, legten sie sich auf ihr reinliches Lager, während die Vögel auf den Bäumen rings umher ihnen ein Abendlied zwitscherten.

Drittes Kapitel.

Als am nächsten Morgen die alte Frau erwachte, fand sie ein Blatt Papier mit Stecknadeln an ihre Bettdecke geheftet, worauf in großen Lettern zu lesen stand:

„Liebe Großmutter, Anton ist hinaus in den Wald gegangen und wird vor Abend nicht zurückkehren. Mach' Dir keine Sorge um mich. Die Einsamkeit soll mir gut tun. Morgen bin ich wieder fleißig bei meinen Körben."

Wer ihn gesehen hätte, den guten Anton, als er beim ersten Schimmer des Tages von seinem schlaflosen Nachtlager emporsprang und kaum angekleidet das Weite suchte, der würde wahrlich in ihm den heiteren, fröhlichen Knaben von gestern kaum wiedererkannt haben. Als er heftigen Schrittes den sogenannten „Fuchswinkel" erreicht, einen düsteren, unzulänglichen Platz im großen Walde, warf er sich, wie wenn er jetzt erst sicher vor jeder Begegnung mit einem menschlichen Wesen und seinem Grame nun erst ungestört überlassen sei, laut heulend zu Boden und begann das bunte Waldmoos um seine Lagerstätte her auszurupfen und zu zerstören. Eine ganze Nacht hindurch hatte er seinem Schmerze Gewalt angetan und sich männlich beherrscht, um die Großmutter nicht zu beunruhigen. Jetzt wußt' er sich jeder Fessel entbunden und durfte sich austoben. Rasende Flüche, gegen jenen gerichtet, der ihm das Dasein gegeben, schäumten von Antons Munde. Eine Verwünschung drängte die andere. „Rache, Rache für meine Mutter!"

Stunde für Stunde zog der schönste Sommertag um den Schläfer hin, der ihn in seinem Innern fühlte und durchlebte. Balsamische Düfte senkten sich von den hohen Tannen herab, daß er sie einatme und seine von Jammergeschrei wunde Brust ausheile. Er wußte, daß er schlief. Er empfand, daß der Schlaf ihn segnend abtrennte von den Leiden des Lebens. Deshalb gab er sich willig der süßen Lockung hin, die sommerlau auf ihm lag. Und da kam auch die Mutter. Sie neigte das Angesicht über ihn, — aber es glänzte, daß er ihre Züge nicht sehen konnte, — und lispelte ihm wie singend ins Ohr: „Habe Friede, mein Sohn!" Es war kein Traum mehr. Zu erwachen wähnte der Ärmste. Ihre langen Locken berührten seine Augenlider. Sehnsüchtig schlang er die Arme, sie zu umfangen, — doch als er die Augen geöffnet, als er wirklich erwachte, leuchtete ein fremder Feuerblick ihm entgegen, und an seiner Seite kniete ein in schlechte Lumpen gehüllter Bettler. Der schwarze Wolfgang war es, in der ganzen Gegend allzusehr bekannt und übel verschrien als Taugenichts und Umhertreiber.

„Was willst Du von mir?" rief Anton dem Wolfgang zu. „Soll man auch im dicken Walde keine Ruhe finden vor den Menschen?"

„Was haben Dir denn die Menschen zuleide getan?" sagte Wolfgang. „Dir, der bei seiner Großmutter lebt im wohnlichen Hause; der sein Bett hat und seine Suppe? Im Winter seine warme Kleidung? Der sich redlich ernährt mit seiner Hände Arbeit? Was haben sie Dir getan?"

„Hast Du danach zu fragen?" erwiderte Anton mürrisch. „Geh deiner Wege und laß mich hier liegen.

„Ich will nicht!" war Wolfgangs trotzige Antwort. „Bei Dir zu sein, bin ich Dir nachgeschlichen und kauere an Deiner Seite, so lange Du schläfst, um Dir die Bremsen zu verjagen, die Dich stechen und deinen Schlaf stören wollten. Alle Menschen möcht ich vergiften; lebendig schinden könnt ich sie, wenn ich die Macht dazu hätte. Nur Dich hab ich lieb, Korbmacherjunge."

„Wie komm' ich zu der Ausnahme?" fragte mit fast spöttischem Lächeln unser Anton, während er seinen Oberkörper zur Hälfte von dem bemoosten Erdboden aufrichtete und, auf den linken Arm das Haupt gestützt, dieses dem schwarzen Wolfgang zuwendete.

(Fortsetzung folgt.)

Stimmen der Sozialdemokraten, Volkspartei, der Polen und einiger Zentrumsabgeordneter abgelehnt.

Wiedeberg (Z.) begründet einen Antrag auf Ausbau der Arbeiterausschüsse und auf Errichtung einer Pensionskasse für die Post- und Telegraphenarbeiter.

Hormann (Vpt.) bedauert, daß die Telegraphenarbeiter in zwei Organisationen gespalten sind.

Noske (Soz.): Bei den Telegraphenarbeitern zeigt sich das unsoziale Verhalten der Postverwaltung. Viele dieser Arbeiter müssen sich erst im Laufe vieler Jahre zu einer einigermaßen auskömmlichen Bezahlung

durchhungern,

Löhne von 2,50 Mk. und 9 Mk. sind eben bei den teuren Lebensverhältnissen

wahre Hungerlöhne.

(Sehr wahr! b. d. Soz.) Die Postverwaltung ist wirklich kein Musterbetrieb, das zu behaupten ist keine Ketzerei, sondern nur die Konstatierung einer Tatsache. — Die Resolution Wiedeberg ist viel zu bescheiden, wenn die Arbeiterausschüsse

nicht nur Dekoration

sein sollen, müssen sie bei allen wichtigen Anlässen gehört werden und nicht nur jährlich einmal, wie es in der Resolution heißt. Wir beantragen daher, die Worte „jährlich einmal" zu streichen. (Bravo! b. d. Soz.)

Stresemann (NL.) stimmt der Resolution des Zentrums zu. Der Antrag Noske würde sie für seine Freunde unannehmbar machen.

Behrens (WVg.) schlägt vor, einzufügen „mindestens einmal jährlich" und bringt eine Reihe Wünsche der Telegraphenarbeiter vor.

Wiedeberg (Z.) betont, daß seine Resolution in dem Sinne des Abg. Behrens gemeint sei.

Noske (SD.): Die Interpretation die Abg. Wiedeberg hier seinem Antrag gibt, verpflichtet die Postverwaltung zu garnichts. Ich hätte dann meinen Antrag zurückziehen können, wenn der Staatssekretär erklärt hätte, daß er die Ausschüsse mindestens einmal jährlich hören wird. Es ist aber charakteristisch, daß er sich vollständig ausschweigt; dadurch bekundet er, wie wenig Neigung er verspürt, der Anregung der Resolution zu folgen. Er kennt ja jetzt unsere Ansicht, und wenn er die Arbeiterausschüsse im nächsten Jahre nicht hört, sollte der Reichstag ihn gefügiger machen, indem er ihm das

Gehalt verweigert.

(Bravo! b. d. Soz. Lachen rechts.)

Behrens (WVg.) polemisiert gegen den Abgeordneten Hormann.

Zubeil (SD.): Sie auf der Rechten treten nur für die Staatsarbeiter ein, soweit es Ihren Zwecken dient. Im übrigen ist Ihnen das Wohlbefinden der Arbeiter völlig gleich. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Das beweist Ihr Verhalten gegenüber den

Maßregelungen von Postbeamten;

ich erinnere an den Fall Zollitsch.

Staatssekretär Kraetke: Daß die Arbeiter Lohnerhöhungen wünschen, finde ich begreiflich, aber von einer zu schlechten Bezahlung im allgemeinen kann keine Rede sein. Die Verwaltung geht aus von den ortsüblichen Tagelöhnen und gibt dann Zulagen. Die Löhne sind seit 1907 von 3,34 Mark im Durchschnitt auf 4.11 Mk. im Jahre 1910 gestiegen. Da sollte man doch nicht von Hungerlöhnen sprechen. Das wird draußen gelesen und die Arbeiter sagen: Die Herren nennen es ja auch so; das sind doch weise Herren. (Heiterk.) Was die Arbeiterausschüsse anlangt, so haben die Arbeiter durchaus Vertrauen zu dieser noch jungen Einrichtung. Warten Sie die weitere Entwicklung ab und stören Sie nicht das Vertrauen, welches die Arbeiter zu der Verwaltung haben. — Über die Möglichkeit, eine Pensionskasse zu gründen, sind Ermittelungen angestellt. Die Sache liegt zurzeit einem Versicherungstechniker zur Prüfung vor.

Noske (SD.): Die Resolution Wiedeberg ist wirklich sehr zahm. Aber was erleben wir? Angesichts dieser so überaus bescheidenen Forderungen stellt sich der Staatssekretär hin,

ringt die Hände und beschwört uns

doch um Gottes willen nicht zu weit zu gehen. Unsere deutschen Staatssekretäre leiden alle wahrhaft nicht an Überfluß von sozialem Verständnis und sozialer Empfindung. Der Staatssekretär des Reichspostamtes bringt das Kunststück fertig, der

Unsozialste der unsozialen oberen Reichsbeamten

zu sein. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Ich hatte also recht, als ich vorher der Vermutung Ausdruck gab, daß der Staatssekretär die Resolution Wiedeberg trotz ihrer Zahmheit ablehnen werde. Der Staatssekretär beschwert sich darüber, daß hier der Ausdruck „Hungerlöhne" gefallen ist. Liest der Staatssekretär die Gerichtsberichte? Mehr als einmal haben wir in den letzten Monaten gelesen, daß Angestellten der Post, die wegen Unterschlagung vor Gericht standen, mildernde Umstände zugebilligt wurden, und diese mildernden Umstände wurden in der schlechten Bezahlung dieser Leute gesehen. (Lebh. Hört, hört! b. d. Soz.) Solche Gerichtsurteile besage, daß der

Staatssekretär der Mitschuldige

der Arbeiter und Beamten ist, die durch

schlechte Bezahlung zu Verbrechen

getrieben werden. (Lebh. Zust. b. d. Soz. Lärm u. Unruhe rechts. Glocke des Präsidenten.)

Präsident Graf Schwerin-Löwitz: Diese Bemerkung ist ungehörig. Ich rufe Sie zur Ordnung. (Bravo! rechts.)

Noske (fortfahrend): Die Unterbezahlung der Postarbeiter wird damit gerechtfertigt, daß man der Industrie und der Landwirtschaft keine Konkurrenz bereiten könne. Der Landwirtschaft! Also die miserablen Löhne der Landarbeiter (Gr. Lärm rechts. Lebh. wiederholte Zust. bei den Soz.) zieht der Staatssekretär zum Vergleich heran, weiß er nicht, daß diese Unterbezahlung es ist, die die Landarbeiter massenhaft in die Stadt treibt? (Erneuter Lärm rechts. Glocke des Präsidenten.)

Präsident Graf Schwerin: Die Löhne der Landarbeiter haben doch nichts mit dem Postgesetz zu tun. (Lebh. Sehr richtig! rechts.)

Noske (fortfahrend): Die Ausführungen des Staatssekretärs berechtigen mich, hier die Löhne der Landarbeiter und die Landflucht zu besprechen. Am ortsüblichen Durchschnittslohn — sagt der Staatssekretär — wird der Lohn der Telegraphenarbeiter gemessen; dieser Lohn aber sinkt durch die Landarbeiter, die wegen ihrer

miserablen Bezahlung

in die Stadt fliehen und den Lohn der dortigen Arbeiter herabdrücken. (Sehr wahr! bei den Soz.) Ich hatte also das Recht, hier von den Löhnen der Landarbeiter zu sprechen, ebenso wie ich recht hatte, die Löhne der Telegraphenarbeiter als Hungerlöhne zu bezeichnen. Die Entrüstung des Staatssekretärs wird uns nicht abhalten,

die Dinge beim rechten Namen

zu nennen. (Lebh. Zustimmung b. d. Soz.)

Hormann (FVpt.): Der Staatssekretär möchte sich nicht in seiner Ruhe stören lassen, darum predigt er immer: Ruhe, Ruhe! Nur keine Aufregung in die Beamtenschaft hereingetragen. Wir Abgeordneten aber sind dazu da, Beschwerden zur Sprache zu bringen und auf ihre Abstellung zu dringen.

Präsident Graf Schwerin teilt mit, daß der Abg. Wiedeberg die vom Abg. Behrens vorgeschlagene Änderung seines Antrages akzeptiert habe.

Noske (SD.) zieht darauf seinen Antrag zurück.

Die abgeänderte Resolution Wiedeberg wird gegen die Stimmen der beiden konservativen Fraktionen angenommen.

Der Rest des Ordinariums und das Extraordinarium werden genehmigt.

Damit ist der Postetat erledigt.

Das Haus vertagt sich.

Nächste Sitzung: Sonnabend 12 Uhr. (Etat des Reichsamts des Innern).

Schluß 7½ Uhr.

Aus den parlamentarischen Kommissionen.

Reichsversicherungsordnung.

In der Spezialberatung über die Arztfrage wurden die Vorschläge der Kompromißparteien ohne wesentliche Änderungen angenommen. In den § 370 fügte die Kommission einen Zentrumsantrag ein, nach dem ein Kassenmitglied auch einen Arzt außerhalb seines Bezirks in Anspruch nehmen kann, wenn das Mitglied der Kasse das höhere Arzthonorar selbst zahlt. Für diesen Antrag stimmen auch unsere Genossen, dagegen die Konservativen. Das Vertragsverhältnis bleibt wie bisher ganz der freien Vereinbarung überlassen. Unsere Genossen empfahlen, die in früheren Anträgen der Kompromißparteien enthaltenen Vorschläge, für Streitfälle Schiedsinstanzen und ein Einigungsamt vorzusehen, zur Annahme. Die bürgerlichen Parteien stimmten aber nun ihre eigenen Anträge nieder.

Nach § 380 kann das Oberversicherungsamt für den Fall, daß die Kasse keinen Vertrag zu angemessenen Bedingungen abschließen kann, der Kasse gestatten, das Krankengeld bis zu zwei Drittel zu erhöhen, um dann die Gewährung ärztlicher Hilfe auszuschalten.

Unsere Genossen betonten, daß sie das Einigungsamt in Streitfällen für dringend notwendig halten, weil Konflikte dadurch besser erledigt werden könnten, als durch die Ablösung der ärztlichen Hilfe, die den kranken Arbeitern und den Kassen nicht zum Vorteil gereichen könne. Die bürgerlichen Vertreter stimmten aber das Einigungsamt nieder.

Die Beratung wandte sich dann den Bestimmungen über Vertragsabschlüsse mit den Apothekengeschäften zu. Die Vorschläge der Kompromißparteien gehen darauf hinaus, jede Apotheke zur Arzneilieferung zuzulassen, die bereit ist, zu den in einem abgeschlossenen Vertrage festgesetzten Bedingungen zu liefern. Die Kassen können auch mit Drogenhändlern Verträge abschließen; es darf aber den Kassenmitgliedern nicht verwehrt werden, die Medikamente, die in Drogengeschäften zu billigeren Preisen zu haben sind, auch in Apotheken zu kaufen. Hiergegen wandten sich unsere Genossen; eine solche Begünstigung der Apotheken sei durchaus unberechtigt. Auch die württembergischen und bayerischen Regierungsvertreter empfahlen die Beseitigung jener Bestimmung, die aber vom Zentrum mit dem Hinweis begründet wurde, viele Apotheken ständen finanziell ungünstig und bedürften deshalb der Begünstigung. Dieser Auffassung wurde von unseren Genossen entschieden widersprochen. Schließlich verlangte das Zentrum weiter, wenn ein Vertrag mit Drogengeschäften abgeschlossen sei, sollten alle außerhalb des Vertrages stehenden Geschäfte die Zulassung zur Lieferung zu den gleichen Bedingungen verlangen können.

Die Spezialberatung wird in der nächsten Sitzung am Freitag erfolgen.

Aus der Budgetkommission des Reichstags.

Die am Dienstag abgebrochene Debatte über die Verwendung der Gelder, die aus den Abgaben vom Absatz von Kali stammen, wurde am Donnerstag fortgesetzt. Die Sozialdemokraten forderten, daß die Summe von 4,8 Millionen, die als Einnahme im Voranschlag des Etats steht, auf 5,4 Millionen erhöht werde. Genosse Hue weist darauf hin, daß im laufenden Jahre mit einer Kaliproduktion von 10 Millionen Doppelzentnern zu rechnen sei, so daß, da für jeden Doppelzentner 60 Pfg. Abgabe zu entrichten sind, 5 Millionen Einnahmen zu verzeichnen sein würden. 2 Millionen von den Einnahmen könnten zu Propagandazwecken verwendet werden, die übrige Summe müsse dem Reiche zur Erfüllung von Kulturaufgaben zufließen. Der freisinnige Abg. Heckscher erhob im Namen seiner Parteifreunde Bedenken dagegen, Mittel, die aus der Besteuerung einer Industrie stammen, für das Reich zu verwenden. Er stellte den Antrag, die verbündeten Regierungen möchten dem Reichstage baldigst eine Vorlage machen, nach der § 27 des Kaligesetzes dahin abgeändert werde, daß statt 60 Pfg. Abgabe für den Doppelzentner 30 Pfg. gesetzt und eine entsprechende Ermäßigung der Kalipreise für das In- und Ausland (§§ 20, 21 und 24 des Kaligesetzes) herbeigeführt werde. Heckscher meinte begründend, sein Antrag trage den Konsumenten Rechnung. Unterstaatssekretär Richter machte Mitteilungen über die Verwendung der Propagandagelder. Es sei noch einmal darauf hingewiesen, daß die Einnahmen aus der Kaliabgabe nach Abzug der dem Reiche entstehenden Kosten wieder dem Kalisyndikat zufließen. Das Syndikat soll die zurückfließende Summe zur Propaganda für den Kaliabsatz verwenden. Es erhalten: der Bund der Landwirte 57 000 Mk., Landwirtschaftsgesellschaft 194 000 Mk., Westfälischer Bauernverein 17 000 Mk., Reichsverband landwirtschaftlicher Vereine in Darmstadt 150 000 Mk. und die Landwirtschaftliche Darlehnszentralkasse 57 000 Mk. Im ganzen hat das Syndikat im verflossenen Jahre 2,9 Millionen für Propaganda ausgegeben, davon 900 000 Mk. für die Propaganda im Auslande. Der Unterstaatssekretär wies ferner darauf hin, daß die zurückfließenden Gelder nicht bedingungslos gegeben würden. Das Syndikat werde einen genauen Verwendungsplan vorlegen müssen. Der Antrag Heckscher sei nicht annehmbar. Erzberger wies auf die eigentümliche Art der Propaganda im Auslande hin. Für die Reise eines Herrn nach Amerika zur Propaganda seien 150 000 Mk. ausgegeben worden. Sei diese Reise auch vor Inkrafttreten des Gesetzes unternommen worden, könne doch eine nachträgliche Verrechnung aus den Propagandageldern stattfinden. Der Vorsitzende v. Gamp teilte auszugsweise ein Schreiben des Syndikats mit, das lebhaft bestreitet, die Propagandagelder seien ein Geheimfonds. Die Verwendung aller Ausgaben werde allen Interessenten schriftlich zur Kenntnis gebracht. Im Laufe der weiteren Diskussion stellte sich eine erhebliche Differenz zwischen den Angaben der Reichsverwaltung und denen des preußischen Handelsministeriums über die Höhe der ausgegebenen Propagandagelder heraus. Nach der einen Angabe beläuft sich die an die landwirtschaftlichen Vereine gegebene Summe auf 488 000 Mk., nach der anderen auf rund 800 000 Mk. Abg. Heckscher protestiert, daß eine so ausgesprochene politische Organisation wie der Bund der Landwirte Gelder erhalte, die in der Form von Abgaben dem Reiche zufielen. Freiherr v. Richthofen und der Vorsitzende des Bundes der Landwirte, Abg. Roesicke, bestreiten, daß dem Bunde aus der Zuwendung von 57 000 Mk. ein Vorteil erwachse; er habe im Gegenteil davon nur Lasten, weil der Bund die Propaganda für den Kaliabsatz betreiben müsse. Abg. Hue wies auf die Tatsache hin, daß andere landwirtschaftliche Verbände z. B. der schlesische und der bayerische Bauernbund keinen Pfennig erhielten. Wenn man sage, nur große Verbände, die Verkaufsstellen hätten, sollten Gelder aus den Kaliabgaben erhalten, müsse auch die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine berücksichtigt werden. Der Bund der Landwirte sei eine ausgesprochen politische Organisation, wie Minister v. Sydow erst neulich im preußischen Landtage ausgeführt habe. Die landwirtschaftlichen Verbände, die jetzt Zuwendungen aus der Kaliabgabe erhalten, seien vor dem Kaligesetz vom Kalisyndikat subventioniert worden; der Charakter der jetzigen Zuwendungen sei also klar. — Die Debatte wurde hierauf abgebrochen und wird am Freitag fortgesetzt werden.

In der Kurpfuscherei-Kommission

wurde am Donnerstag das Verbot für nichtapprobierte Personen, seuchenartige Krankheiten (Aussatz, Cholera, Flecktyphus, Gelbfieber, Pest und Pocken) behandeln zu dürfen, eingehend behandelt. Die Mehrheit der Kommission trat auf den Boden der Regierungsvorlage. Unsere Genossen kündeten an, wenn die nichtapprobierten Personen von der Behandlung dieser Krankheiten ausgeschlossen seien, müsse gefordert werden, daß den Ärzten die Verpflichtung zur Behandlung in diesen Fällen aufzuerlegen sei. Die Bestimmung wurde in der Fassung der Regierungsvorlage angenommen und redaktionell in Absatz 1 § 3a umgeändert.

Dann besprach die Kommission die Bestimmung, die den nichtapprobierten Personen die Behandlung von Geschlechtskrankheiten verbietet. Die Regierungsvorlage bestimmt, daß die Behandlung aller Krankheiten oder Leiden der Geschlechtsorgane, von Syphilis, Schanker und Tripper, auch wenn sie an anderen Körperstellen auftreten, verboten sein soll. Gegen diese ungemein dehnbare Bestimmung wandten sich unsere Genossen und die Antisemiten mit einschränkenden Anträgen. Nach dem antisemitischen Antrage soll nichtapprobierten Personen die Behandlung aller ansteckenden Geschlechtskrankheiten verboten werden; der sozialdemokratische Antrag wollte das Verbot nur auf die Behandlung von Syphilis, Schanker und Tripper ausgedehnt sehen. Unter Ablehnung dieser Anträge wurde die Regierungsvorlage gegen die Stimmen des Zentrums und unserer Genossen angenommen.

Schiffahrtsabgaben-Kommission.

In der Donnerstag-Sitzung legten die Abgeordneten Günther und Stolle noch einmal ausführlich die Schädigungen dar, die dem gesamten Wirtschaftsleben Sachsens aus dem Gesetzentwurfe drohen. Der preußische Eisenbahnminister v. Breitenbach erklärte, daß durch den § 5 keine Verpflichtung der Einzelstaaten zur Ausführung der Strombauten geschaffen werde. Die Zustimmung der Landtage für die einzelnen Projekte bleibe vorbehalten. Da jedoch nach § 12 mit den Abgaben auf dem ganzen Stromgebiet begonnen werden könne, wenn ein Viertel der Gesamtbausumme verausgabt sei, so könne auch der Fall eintreten, daß das Gesetz auch ohne Zustimmung eines Einzelstaates in Kraft trete. — Abg. Heinze (NL.) führte aus, daß schon für die Festsetzung der Gesamtbausumme die Mitwirkung der Landtage notwendig sei, daß diese die Mittel für die Veranschlagungsarbeiten zu bewilligen hätten. Schon in diesem Stadium könne also die Durchführung des Gesetzes verhindert werden. Dagegen erklärte Eisenbahnminister v. Breitenbach, daß die Feststellung der Bausumme auf Vereinbarungen der Regierungen beruhe; die Einzelregierungen seien dadurch gebunden. Abgeordneter Gothein (Vpt.) wies darauf hin, daß sich die Regierungen dann doch in Konflikte mit ihren eigenen Landtagen setzen würden. Die ganze Vorlage schwebe so noch in der Luft. — Einer weiteren Diskussion dieser in letzter Stunde zutage getretenen schweren inneren Unstimmigkeiten der Vorlage entzog sich die Mehrheit durch einen Schlußantrag, der den Genossen David um das Wort brachte. Auch eine von sozialdemokratischer Seite angeregte Verschiebung der Abstimmung über Artikel 1 bis nach Durchberatung der vorgeschlagenen Einzelprojekte wurde von der Mehrheit niedergestimmt. Dabei tat sich besonders der Abgeordnete Haußmann (Volkspartei) als Helfershelfer des konservativ-ultramontanen Blocks hervor.

Die Abstimmung ergab die Ablehnung sämtlicher zu Artikel 1 gestellten Änderungsanträge, darunter auch des sozialdemokratischen Antrags, der verhindern wollte, daß bei einer Vereinbarung mit Holland und Österreich diesen Ländern günstigere Bedingungen geboten würden, als der inländischen Schiffahrt. Mit 19 gegen 10 Stimmen wurde dann die Beseitigung der verfassungsmäßigen Abgabenfreiheit beschlossen. Dafür stimmten die Vertreter des Zentrums, der Konservativen, der Wirtschaftlichen Vereinigung und von den Nationalliberalen die Abgg. Haußmann-Hannover und Wetzel und ferner der Abgeordnete Haußmann-Württemberg. Die Minderheit setzte sich aus den übrigen Nationalliberalen, den Volksparteilern, Sozialdemokraten und Polen zusammen.

Zu Artikel 2 § 1 und 2 wurden von sozialdemokratischer Seite Anträge eingebracht, die die Einbeziehung der Mosel- und Saar-Kanalisation in die Vorlage fordern. — Die nächste Sitzung findet am Freitag statt.

Aus der Partei.

Aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. In der Sitzung vom Mittwoch wurden die Redner zu den neu eingebrachten Gesetzesvorlagen bestimmt. Es werden sprechen: Zum Gesetzentwurf über die Niederlassungsabmachungen mit der Schweiz Emmel; zu dem Gesetzentwurf über die Kolonial- und Kriegskosten Ledebour und zu dem Gesetzentwurf betreffend die Reisegelder für Kolonialbeamte Noske. Zu der Patentgesetzabänderung werden die Genossen Geck und Südekum sprechen.

Wir marschieren! Bei der Gemeinderatswahl für die dritte Abteilung in Annen erfochten unsere Genossen einen glänzenden Sieg. Die drei sozialdemokratischen Kandidaten wurden mit 614 Stimmen gewählt. Die Liberalen brachten es auf 313, das Zentrum auf 242 Stimmen. Im vorigen Jahre sind diese drei Mandate für ungültig erklärt worden, aber trotz verzweifelter Anstrengungen der Gegner ist es diesen nicht gelungen, der Arbeiterschaft den Eintritt in das Gemeindeparlament zu verwehren.

Reichsvereinsgesetzliches. Am Abend des 8. Januar brachten die Arbeitersänger in Braunschweig dem Genossen Redakteur Brenner, der am folgenden Tage eine Gefängnisstrafe von 5 Monaten anzutreten hatte,

ein Ständchen und einer der Sänger richtete einige Abschiedsworte an ihn. Der Redner und auch der Dirigent wurden darauf mit Strafmandaten in der Höhe von je 30 Mk. bedacht. Auf eingelegte Berufung hob das Schöffengericht die Strafe gegen den Dirigenten auf, ließ es aber bei den 30 Mk. gegen den „Redner"; es liege eine nicht genehmigte öffentliche Versammlung unter freiem Himmel vor, es seien „politische Angelegenheiten" erörtert worden und die Demonstration sei „gegen die Staatsinteressen" gerichtet gewesen. — Wer lacht hier nicht?

Sozialdemokratische Redakteurfreuden in Finnland. Unser finnländischer Mitarbeiter schreibt uns: Neben einigen anderen Redakteuren der finnischen Arbeiterpresse büßt z. Zt. auch Genosse K. Manner in Helsingfors die sechsmonatige Gefängnisstrafe ab, die ihm wegen „Majestätsbeleidigung" auferlegt wurde. Er wurde bei den letzten Landtagswahlen (im Januar) zum Abgeordneten gewählt, seine Wahl wurde aber, wie seinerzeit beim Genossen Nuortewa, vom revidierenden Senator beanstandet, weil er nicht persönlich seine Abgeordneten-Urkunde überreichen konnte! Damals wie jetzt kam die Frage vor die Kommission für Verfassungsfragen, aber die bürgerliche Mehrheit stimmte der Ansicht des Senators bei! So muß denn Gen. Manner, trotz seines Mandates, im Gefängnis sitzen, und seine Wähler werden, dank der Infamie der bürgerlichen Mehrheit, vorläufig ihres Vertreters beraubt. — Von einer anderen Infamie einem sozialdemokratischen Redakteur gegenüber erfahren wir aus Tammesfors. Dort meldete die Verlagsgenossenschaft unseres Blattes „Kansan Lehti" den Genossen Santeri Nuortewa als verantwortlichen Redakteur an. Aber der Generalgouverneur beanstandete diesen Genossen und verlangte die Nominierung eines „gebührlichen" Redakteurs, während die Verfassung bloß die Anmeldung vorschreibt. — Diese unverschämte Forderung des russischen Diktators bildet in der ziemlich reichhaltigen Geschichte der finnländischen Preßverfolgungen ein Novum und erklärt sich nur durch den wütenden Haß, den die russischen Gewaltpolitiker gegen den Genossen Nuortewa hegen, dessen Keulenschläge im Landtage ihnen noch frisch im Gedächtnis sitzen.

Aus der Jugendbewegung.

Preußische Methode. In Essen wurde die freie Jugendorganisation, die gegen 1600 Mitglieder zählt, „auf Grund des Reichsvereinsgesetzes" vom Polizeipräsidenten aufgelöst.

Der Deutzer Landfriedensbruch-Prozeß.

Vor dem Kölner Schwurgericht beginnt am Montag die Verhandlung gegen 12 Arbeiter, meistens Bauarbeiter, die beschuldigt sind, sich am 5. Oktober 1910 „an einer öffentlichen Zusammenrottung einer Menschenmenge beteiligt zu haben, die mit vereinten Kräften Gewalttätigkeit begangen habe." Unter den Angeklagten befindet sich auch der Genosse Frölich, Lokalbeamter des Fachvereins Bauhilfsarbeiterverbandes. Er und auch die meisten anderen Angeklagten befinden sich schon seit längerer Zeit in Untersuchungshaft.

Der Prozeß hat folgende Vorgeschichte: Die Kölner Grund- und Abbrucharbeiter hatten mit den Unternehmern ihres Gewerbes nach der Beendigung des Kampfes im Baugewerbe im vorigen Jahre einen besonderen Tarif abgeschlossen, nach dem der Stundenlohn vom Juli 1910 an 58 Pfg. betragen sollte. Der Bauunternehmer Tatas, der im September die Abbruch- und Ausschachtarbeiten für einen postalischen Neubau in Köln-Deutz übernommen hatte, zahlte seinen 60 bis 70 Arbeitern aber nur 42 bis 45 Pfg. für die Stunde und weigerte sich hartnäckig, die Lohnbestimmungen des Tarifs anzuerkennen, an dessen Abschluß er selbst mit beteiligt war. Die Arbeiter legten deshalb die Arbeit nieder. Am 2. Oktober kam auf dem Kölner Hauptbahnhofe ein Transport von Arbeitern aus der Eifel an, die als Arbeitswillige dienen sollten. Als die Arbeiter erfuhren, daß sie Streikbrecherdienste leisten sollten, erklärten sie den Streikenden, sie seien bereit, wieder in die Heimat zurückzukehren. Am nächsten Tage, einem Montage, kamen die Eifelarbeiter auf die Baustelle, um sich vom Unternehmer ihre Auslagen zurückerstatten zu lassen. Inzwischen hatte sich das falsche Gerücht verbreitet, es seien Arbeitswillige in größerer Zahl eingetroffen. Vor dem Bauplatze kam es zu einer Ansammlung von Neugierigen, die noch größer wurde, als sich am Abend die Tore der in der Nähe gelegenen Fabriken schlossen. Bis zu diesem Tage hatte die Polizei Ruhe und Zurückhaltung beobachtet und die Streikposten konnten ungehindert ihres Amtes walten. An diesem Abend aber zeigte sich die Polizei nervös. Nach den Aussagen Unbeteiligter ist von den Schutzleuten in unnötig schroffer Weise gegen die Neugierigen eingeschritten worden. Es kam zu einer lebhaften Erregung, die schließlich zu einem Zusammenstoße zwischen Polizei und Publikum führte. Eine Anzahl Personen wurde durch Säbelhiebe verletzt; die Angegriffenen setzten sich zur Wehr; dabei wurde auch ein Schutzmann so schwer verletzt, daß er einige Zeit darauf im Krankenhause starb. Als angebliche Haupttäter wurden die Angeklagten ermittelt und unter Anklage gestellt. Dem Genossen Frölich wird zur Last gelegt, er habe die streikenden Arbeiter zu Gewalttätigkeiten aufgereizt und den Angriff auf die Schutzleute inszeniert. Genosse Frölich hat aber selbstverständlich die Streikenden zur Ruhe und Besonnenheit ermahnt und wiederholt darauf hingewiesen, daß man sich keiner Gewalttätigkeit gegen Arbeitswillige schuldig machen dürfe.

Den Vorsitz führt Landgerichtsrat Westermann, der als „scharfer" Richter bekannt ist. Es sind gegen 100 Zeugen geladen, unter denen sich auch der von der Anklagebehörde geladene „Arbeiter" Robert Hauptmann befindet, ein übelbeleumdeter Mensch, der Streikbrecher war und als Hauptbelastungszeuge auftreten soll. Hauptmann muß aus dem Gefängnis vorgeführt werden, wo er wieder einmal wegen allerhand Schwindeleien sitzt. Die Angeklagten werden von den Rechtsanwälten Heine-Berlin und Schrammen I-Köln verteidigt. Die Verhandlung wird voraussichtlich die ganze Woche währen.

Unter den 28 Geschworenen befinden sich 7 Kaufleute, 6 Fabrikanten, je 3 Direktoren und Architekten, je 2 Rentner und Ingenieure und je 1 Generalagent, Prokurist, Ziegeleibesitzer, Hauptmann a. D. und Landwirt.

Gewerkschaftsbewegung.

Lohnbewegung der Oderschiffer. Die Oderschiffer haben in außerordentlich starken Mitgliederversammlungen in Cosel, Breslau, Fürstenberg, Stettin und Berlin einstimmig beschlossen, sofort eine Lohnbewegung einzuleiten. Sie fordern eine zehnstündige Arbeitszeit beim Löschen und Laden (bis jetzt wurde im Sommerhalbjahr 11 Stunden gearbeitet), für Steuerleute 120, 125 und 130 Mark Monatslöhne je nach Größe der Fahrzeuge, für Dampfersteuerleute 120 Mk. und für Bootsleute 110 Mk.; Überstundenarbeit soll nach Zeitabständen von zwei zu zwei Stunden mit 50, 60 und 75 Pfg. bezahlt werden, Sonntags- und Feiertagsarbeit beim Löschen und Laden mit 50 Pfg. pro Stunde. Das Kohlenübernehmen außer der Tageszeit soll gemäß den Überstunden vergütet werden. Einbehalten von Lohn soll nicht statthaft sein. Ferner wird verlangt, daß den Schiffsmannschaften das Reisegeld von und nach der Heimat und der Reisetag vergütet werden soll. — Die Forderungen sind äußerst minimale und die Löhne stehen noch bedeutend hinter den Löhnen, die auf der Elbe gezahlt werden, zurück. Forderungen wegen Einführung der Sonntags- und Nachtruhe wurden nicht gestellt, weil nach den Vorschlägen des Beirats für Arbeiterstatistik eine gesetzliche Regelung der Sonntagsarbeit zu erwarten ist. Deshalb hat der Transportarbeiterverband eine solche Forderung in den Tarifentwurf nicht aufgenommen. Die Einreichung der Forderungen ist bereits am 9. März erfolgt. Die Organisationen verlangen bis zum 20. März eine Antwort. Auf der Oder herrscht jetzt ein reges Leben. Die Schiffsmannschaften sind in regster Tätigkeit, um die wenigen der Organisation noch fernstehenden Schiffer dem Verbande zuzuführen. Die Reederpresse hat bereits Stellung zu kennen, erklärt sie diese für unannehmbar. Zwar können die reichlichen Profite der Reeder nicht geleugnet werden, trotzdem erklären sie eine Erhöhung der Löhne für unmöglich.

Der Transportarbeiter-Verband hat am Donnerstag, dem 9. d. Mts. eine große Flugblattverbreitung über das Stromgebiet der Oder und der märkischen Wasserstraßen, wie auch auf der Elbe vorgenommen. In den Flugblättern wird allen Mannschaften die Einreichung der Forderungen bekannt gemacht und die Tarifvorlage im Wortlaut wiedergegeben. Das war neben den Versammlungen nötig, weil viele Mannschaften sich zur Zeit der Versammlungen auf Fahrt befanden. Es sind bereits Anzeichen vorhanden, daß die Unternehmer an allen Stationen mit Hochdruck gegen die Bewegung Front machen. Es wird deshalb gebeten, etwaige Vorkommnisse in den Umlade- und Hafenplätzen, die mit der Lohnbewegung der Oderschiffer in Beziehung stehen, dem Vorsitzenden der Binnenschiffer Wilhelm Schäning, Berlin S., Neukölln am Wasser 1 zu melden.

Eine Lohnbewegung der Lithographen und Steindrucker in Magdeburg ist nunmehr, mit Ausnahme bei einer Firma, beendet. Mit den Firmen wurden Tarifverträge abgeschlossen, die gegenüber den früheren Arbeitsverhältnissen wesentliche Verbesserungen enthalten. Die Arbeitszeit wurde für Litographen auf 8 Stunden täglich festgelegt, für Steindrucker von 54 auf 53½ Stunden wöchentlich reduziert. Wenn während der Tarifdauer eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit für Steindrucker stattfindet, so schließen sich die Firmen dieser an. Der Mindestlohn für Ausgelernte beträgt im ersten halben Gehilfenjahre 20 Mk. wöchentlich, im zweiten Halbjahr 22 Mk. und vom 2. Gehilfenjahre ab mindestens 25 Mk. Nach § 616 des B. G. B. wird Zeitversäumnis bis zu 3 Stunden bezahlt. Ferien werden unter Fortzahlung des Lohnes vom 3. Beschäftigungsjahre ab 3 Tage bis zu 6 Tagen gewährt. Ferner wurde eine Lehrlingsskala und ein Überstundenzuschlag festgelegt; auch der Arbeitsnachweis wurde anerkannt. Tarifkommissionen regeln vorkommende Differenzen. Mit den Firmen, die dem Schutzverband deutscher Steindruckereibesitzer angehören, wurde auf der Grundlage der Vereinbarungen verhandelt, die mit dem Schutzverband und der Gehilfenorganisation abgeschlossen worden sind. Die Schutzverbandsfirma Walther hat sich nachträglich geweigert, die festgelegten Bedingungen einzuführen, worauf bei ihr alle Gehilfen die Arbeit niederlegten. Über diese Firma ist die Sperre verhängt.

Soziales.

Der Meininger Landtag beschloß einstimmig eine Erweiterung der Fabrikinspektion. Neben dem jetzt tätigen Fabrikinspektor soll noch ein Hilfsbeamter angestellt werden. Ferner wurde die Regierung ersucht, zur wirksameren Durchführung der Fabrikrevisionen noch eine Assistentin oder einen zweiten Vollbeamten einzustellen.

Ein Streik „gebildeter" Elemente. Der Ärztestreik in Halle a. S. hat in seinem Verlaufe gezeigt, daß die im Leipziger Verbande organisierten Ärzte in der Wahl ihrer Kampfesmittel keineswegs die Rücksichten walten lassen, die von der organisierten Arbeiterschaft stets freiwillig geübt werden. Die Beweise für diese Tatsache werden jetzt durch einen sehr kennzeichnenden Fall vermehrt. Einem von den Halleschen Krankenkassen angestellten Arzte, der sich nicht dem Diktum des Leipziger Verbandes beugte, wurde im Herbste vorigen Jahres das Türschild zerschlagen, ohne daß der Täter ermittelt wurde. In diesen Tagen wurde der Streich wiederholt, wobei es gelang, den Täter zu ermitteln. Es war ein Student der Medizin, Sohn eines im Leipziger Verbande organisierten Halleschen Arztes, der mit zu den Wortführern des Ärztestreiks gehörte. Die bürgerliche Presse bemüht sich, die Flegelei des „gebildeten Helden" liebevoll zu verschweigen.

Aus Nah und Fern.

Falsches Geld. In Berlin tauchen im Verkehr große Mengen falscher 25-Pfennig-Stücke auf. Sie zeigen durchweg das Münzzeichen „D" und sind durch ihr bleiartiges Aussehen und ihren matten Klang als unecht zu erkennen. Die Prägung ist vorzüglich.

Das Ende einer Ordnungsstütze. Der Kohlenhändler Karl Herms, der vom Potsdamer Schwurgericht wegen betrügerischen Bankerotts verurteilt, einstweilen aber auf freiem Fuß gelassen worden war, ist auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft durch die Potsdamer Kriminalpolizei wieder verhaftet worden. Herms hatte sich falsche Papiere und Reisepassilien verschafft, um über Hamburg nach Amerika abzudampfen. In seiner Zelle machte Herms einen Selbstmordversuch durch Aufschneiden der Halsschlagadern. Herms wurde schwer verletzt nach dem Städtischen Krankenhause transportiert.

Ein eigenartiger Unfall trug sich Mittwoch abend in einer Schürzenfabrik in Dresden zu. Als ein Fräulein an einem 12 Meter langen und 1 Meter hohen Regal auf der Leiter stand, lösten sich plötzlich die das Regal haltenden Haken aus der Wand, und das mit Leinwand bepackte Regal stürzte nach vorn um. Hierbei gerieten vier weibliche Angestellte unter die schwere Last und konnten erst mit Hilfe der Feuerwehr aus ihrer Lage befreit werden. Zwei der Mädchen mußten ins Krankenhaus gebracht werden.

Ein neuer Weltrekord. Der Flieger Nieuport hat am Donnerstag auf dem Flugfelde Mourmelon-le-Grand im nordöstlichen Frankreich mit zwei Passagieren an Bord eines Eindeckers 80 Kilometer in 41 Minuten 52 Sekunden zurückgelegt. Dies kommt einer Geschwindigkeit von nahezu 108 Kilometer in der Stunde gleich und stellt einen neuen Weltrekord dar.

Seht die Lilien auf dem Felde. Ein eigenartiger Wahlkampf ist im Herzen der Stadt London, der City, entbrannt. Nicht weniger als 200 Kandidaten stehen im Felde. Kein Wunder, handelt es sich doch um die Besetzung einer Pfarrstelle, die im Jahre 800 Pfund Sterling (16000 Mark) einbringt und wenig oder gar keine Arbeit macht. Die Gemeinde zählt nämlich nur 540 Mitglieder, über deren Seelenheil bisher zwei Hilfsprediger gewacht haben. Solcher Gemeinden gibt es viele in der City, dem Stadtteile, wo sich die großen Banken und Geschäftshäuser befinden und die ansässige Bevölkerung meist nur aus Nachtwächtern besteht. Die zahlreichen Pfarrer führen hier ein gutes Leben. Manche von ihnen überlassen das bißchen Predigen einem Hilfspfarrer und vergnügen sich mit dem reichlich zugemessenen Gehalt an der Riviera oder anderen schönen Orten. Von einem wird erzählt, daß er seine Pfarrkinder seit 16 Jahren nicht mehr besucht hat. — Der Kampf um die Pfarrstelle ist, wie man sich denken kann, ein heißer. Das Amt wird in diesem Kirchspiel nicht von einem Pfründner, sondern von der ganzen Gemeinde vergeben. Die 200 Kandidaten wenden sich deshalb schriftlich und persönlich an die Wählerschaft ganz wie bei einer Parlamentswahl. „Die allgemeinen Parlamentswahlen waren schlimm genug", sagte ein Gemeindemitglied einem Zeitungsberichterstatter, „aber sie waren doch nur ein kleines Übel zu dem, was wir jetzt ertragen müssen."

Explosion in einer amerikanischen Pulverfabrik. Nach einem Telegramm aus Pleasant Prairie (Wisconsin) sind dort fünf Magazine einer Pulverfabrik mit einem Inhalt von 180 Tonnen Sprengstoffen in die Luft geflogen. Die ganze Anlage sowie mehrere hundert Häuser der Stadt sollen zerstört und Häuser im Umkreise von zehn Meilen beschädigt sein. Die Explosion wurde hundert Meilen weit verspürt und verursachte in den Theatern von Chikago und anderen Städten unter der Zuhörerschaft großen Schrecken. Eine Person soll getötet und 350 sollen verletzt worden sein. Der Schaden wird auf eine halbe Million Dollars (zwei Millionen Mark) geschätzt.

Literarisches.

Eingegangene Schriften und Bücher.

„Arbeiter-Jugend", Nr. 5.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co
Sämtlich in Lübeck

In teurer Zeit leisten MAGGIs Suppen der sparsamen Hausfrau vorzügliche Dienste. Nach wie vor kosten sie nur 10 Pfg. (Ein Würfel für 2—3 Teller.) Sie schmecken, nur mit Wasser kurze Zeit gekocht, ebenso kräftig wie die beste mit Fleischbrühe hergestellte Suppe. Man verlange ausdrücklich MAGGIs Suppen (Schutzmarke Kreuzstern).
Mehr als 30 Sorten.
„MAGGIs gute, sparsame Küche".

Donnerstag mittag 11½ Uhr entschlief plötzlich und unerwartet unsere liebe Mutter, Schwiegermutter und Großmutter
Anna Popp, geb. Monssen,
im Alter von 63 Jahren, aufs tiefste betrauert von
ihren Kindern.
Lübeck, 10. März 1911.
Trauerfeier am Montag, dem 13. März, nachm. 1½ Uhr, im Sterbehause, Glockenstraße 17.

Ein freundliches **Zimmer** zu vermieten Tünkenhagen 3 II.

Ein möbliertes Zimmer zu vermieten Hafenstraße 52, II.

Z. 1. Apr. eine Dreistubenw. Preis 220 Mk., und eine Zweistubenw., 160 Mk. Hundestraße 101.

Zum 1. April **2 Gangwohnungen** und eine heizbare **Stube** zu vermieten. Näheres Obertrave 57.

Zum 1. April **eine Wohnung** zu vermieten, Preis 155 Mk.
Depenau 31, I.

Zu sofort oder später
Kottwitzstraße mehrere Drei- und Zweizimmerwohnungen
zu vermieten. Näheres
Kottwitzstraße 48, pt., r.

Freundlich möbliertes **Zimmer** an ein junges Mädchen zu vermieten, Woche 2 Mk.
Wickedestraße 17.

Eine Wohnung zu vermieten.
Kleinsorge,
Rotebek bei Lübeck.

Ein Fahrrad billig zu verkaufen
Lützowstraße 20.

Zu vermieten zum 1. April **eine Stube** mit Küche und Zubehör
Klappenstraße 29.

Gesucht zum April oder 1. Mai
ein kleiner Knecht
Waisenhofstraße 18.

Eine Scheidenkarre zu kaufen gesucht.
W. Dreyer, Mariental.

Zu verkaufen eichene Waschbalge, Jackett für Konfirmandin
Rosenpforte 1, II., r.

Wir suchen für **Kücknitz, Herrenwyk** und **Schlutup** einen absolventen
Vertreter
der in der Lage ist, Fuhrwerk auf eigene Rechnung zu übernehmen. Kundschaft vorhanden.
Germania-Dampf-Brot-Fabrik Oldesloe.
Um nähere Auskunft wende man sich an unseren Vertreter **Ulrich Mezen,** Lübeck, Paulstraße 16a.

Guterh. **Kleiderschrank,** 2 türig, zu verkaufen Attendornstr. 52, II.

Unserm Kollegen **Hans Fischer** ut Meckelborg to sinen Geburtsdag en 999maliges Hoch, dat de ganze Dornestrat wackelt.
De Kollegen ut de Bettstellenbude.
Jedenfalls löt he sick watt marken.

Gesucht zum 1. Mai **ein Junge,** der Ostern die Schule verläßt.
C. Schenckenberg, Hof Steinrade.

Zimmerlehrling

gesucht.
Moislinger Allee 59a.

Billig zu verkaufen ein fast neuer schwarzer **Jackett-Anzug** für mittlere Statur
Böttcherstraße 19, im Flügel.

Hübsche Wanduhr 5 Mk., Goldspiegel 4 Mk., Roman Draga 1.50 Mark zu verkaufen
Engelsgrube 72, III.

Ein schw. Konfirmandenhut, zwei Turnerjacken, eine Schülergeige, eine Handharmonika, eine Sportkarre zu verkaufen Klappenstraße 9, pt.

Ein sehr guterhaltener **Sitz- und Liegewagen** mit Gummireifen billig zu verkaufen Dröaestraße 5a, II.

Ein guterhaltener **Sitz- u. Liegewagen** mit Gummireifen zu verkaufen Bülowstraße 3, II.

Zu verkaufen eine guterhaltene **Kinderbettstelle**
Warendorpstraße 7, II.

Ein guterhaltener **Sitz- u. Liegewagen,** Preis 6 Mk., und ein Kaninchenstall zu verkaufen
Attendornstraße 47.

Eine **Scheibenschiebkarre** zu verk.
Füchtingstraße 14, 1. Etg.

Ein heller **Damen-Sommermant.,** ein Paar guterh. **Stiefel** f. 10—12j. Knaben, ein **Turnanzug** für 7—8j. Knaben. Hüxstr. 116, II. r.

Kinderwagen, Sitz- u. Liege, bl., v. Nickel und **Arbeiterrad** zu verkaufen. Warendorpstr. 21, II. r.

Eine **Hänge- und Stehlampe** (l. e. Majolika) billig zu verkaufen.
Ludwigstraße 31, I.

B. z. verk. H.-Taschenuhr, Weckuhr, Schloßk., Wascht., Wäschep., Hängel., Gaslyra, gr. Drehorg., Trittnähmsch. (Wheel. & Wils.) 5 M. Krähenstr. 7, p. l.

Sofa, Chaisel., Stuhl, Spiegel, Trum., Vertik., Auszieh-Salont., Salonschr., Handtuchh., Palmst., Paneelb., engl. Schlafzimmer mit Marmor. Königstraße 28, Fl.

Ein guterhalt. Kinderwagen

Preis 10 Mk. zu verkaufen.
Schlumacherstraße 33.

Fahrrad, Kommode u. Schaukelstuhl bill. zu verk. Stockelsdorf 14.

Schw. seid. **Bluse** u. **Holz-Drehmangel** zu verkaufen.
Adlerstraße 29, part.

Rasse-Tauben

hat abzugeben. Hafenstraße 20c, I.

Kanarienhähne

zu verkaufen. Warendorpstr. 14, II. l.

Kanarien-Weibchen

St. S. zu verkaufen.
Ludwigstraße 6?, II. links.

Ein weißes Huhn

zugelaufen. Lützowstraße 21.

Sonntag morgen stehen **Ferkel** billig zum Verkauf.
Gasthof 3 Kronen, Fackenburg.

Große u. kleine Zugänger

zu verkaufen. Heinrichstraße 3.

Ein Zugänger und Eßkartoffeln

zu verkaufen. Schönkampstr. 9b.

Sonntag, den 12. März, nachm. 3 Uhr, ein großer **Zugänger** meistbietend zu verkaufen.
Rabenstraße 22.

Zwei Zugänger (Börge)

zu verkaufen. Lützowstraße 13a.

Z. Ofen- u. Herdreinigen empfiehlt sich **W. Schneider,** Töpfer, Alsheide 19.

Warne hierdurch jeden, meiner Frau etwas zu borgen, da ich für nichts hafte. **Bruno Westphal.**

Empfehle mich z. Weißnähen

im Hause. Sadowastr. 14, I.

Wer nimmt ein kleines **Kind,** 10 Monate alt, in Kost und Pflege. Angebot unter **K D** an die Exped. dieses Blattes.

Land zu verpachten.

Schönböckener Straße 16.

Wegen Familienfeier

ist mein Geschäft
am Sonntag, d. 12. März
von 9 Uhr ab **geschlossen.**
I. Becker, Drogen u. Farben.
Dornestraße 20.

Immalin

Schuhputz Metallputz

Vertreter: Otto G. Stahmer, Hamburg 6.

Aerztlicher Sonntagsdienst

am 12. März von 1 Uhr an.
Dr. med. Feldmann, Breitestr.
Dr. med. Stoffer, Kronsf. Allee 6a, I.
Dr. med. Fr. Christern, Karpfenstr. 4.

Empf. uns. **Herren- u. Damensalon.** Anfertigung **sämtlicher Haararbeiten,** auch von ausgekämmtem Haar.
Flechten von 1.80 Mk. an.
Anna u. Hermann Klempau, Friseur.

Prachtvolles Schlafzimmer, echt Eiche mit Intarsien. Hochfeine Salongarnitur 175 Mk. Vertiko, reich geschnitzt, 58 Mk. Plüschgarnitur 35 Mk. Spiegel 12 Mk. Gr. Trumeau 85 Mk. Tische, Schreibtische, Küchenmöbel, Stühle sofort ganz enorm billig zu verkaufen. **Wahmstr. 83, part. r.**

Fahrrad- und Nähmasch.-Rep.-Werkst.

Alle Systeme werden prompt und billigst ausgeführt.
Sämtliche Zubehörteile.
Th. Vedder, Friedenstr. 1.

Billigste
Schirm-Reparatur-Werkstatt
Erich Teinert.
Hüxstraße Nr. 63.

Alle Sorten **Brennmaterialien,**
Bierkartoffeln, Magn. bon.-Kartoffeln in nur **erstklassiger** Ware liefert zu billigsten Preisen frei ins Haus **Hans Lübcke,** Wickedestr. 33/35. Telephon 2378.
Bei Lieferung **ab Lager ermässigte** Preise.

Mehl, Futterstoffe, Hülsenfrüchte

Spezial-Geschäft **C. Breitstadt,**
Beckergrube 73.

ARIADNE-FAHRRÄDER

Fünf Jahre Garantie.
Franko Zusendung.
Konkurrenz-Fahrräder:
Mk. 43_ 52_ Damenrad Mk. 62_
Ariadne-Fahrräder
Mk. 65_70_73_78_84_93_ etc.
Grösste Auswahl in Fahrrad-Zubehör!
SPECIALITÄT:
PNEUMATIK.

Alle Preislagen.
Katalog № 315 gratis und franko.
F. Verheyen FRANKFURT AM MAIN

Alle Sorten Weine und Spirituosen

auch im Kleinverkauf u. Ausschank
empfiehlt
J. Höppner, Beckergr. 66.

Flieder per St. 5 u. 10 Pf.

Moislinger Allee 49.

Fr. gelbf. **Magnumbon.-Kartoffeln**
10 Pfund **40** Pfg.
100 „ **3.25** Mk.
Feinste blaue französ. **Kartoffeln**
10 Pfund **45** Pfg.
100 „ **4.00** Mk.
Empfiehlt **Wilhelm Sülke**
Warendorpstraße 25.

Als Bezugsquelle feinster
Salzheringe, Fischkonserven, Salzgurken, Käse etc.
empfiehlt sich die Firma
H. L. Wiegels (vorm. I. C. Bunge) G.m.b.H., Fischergrube 61.

Grabdenkmäler.

Billige Preise, von 15 Mk. an.
Besichtigung des Lagers: Untertrave 78.
Privatwohnung: **Böttcherstraße 29.**
H. Nordmann.

Die Preetzer Schuh- u. Stiefelhandlung

empfiehlt in **großer Auswahl**

Herren-, Damen- und Kinder-Stiefel

zu billigsten Preisen.
Fünfhausen 5.

Berliner
Volks-Zeitung

2mal täglich

erscheint die Berliner Volks-Zeitung, sie ist dadurch in der Lage, ihre Leser über alle wichtigen Begebenheiten schneller unterrichten zu können, als dies bei den täglich nur einmal erscheinenden Blättern der Fall sein kann. Die Berliner Volks-Zeitung bietet mit ihren Gratis-Beiblättern: Täglich. Unterhaltungs-Blatt (4seitig), farbiges, illustriertes
Witzblatt „Ulk“
(8seitig), „Illustrierte Familien-Zeitung“ (16seitig) und „Illustrierte Kinder-Zeitung“ (14tägig) einen äusserst : vielseitigen Lesestoff. :

Man abonniert bei allen Postanstalten zum Preise von 90 Pfennig monatlich.

Mehr als 63 000 Abonnenten.

Biophon

Lichtbild-Theater, nur Breite Straße 52.

Alleiniges Erstaufführungsrecht d. Weltschlagers „Die Bauernfänger“.

700 m lang. Gespielt von Mitgliedern der berühmten Otto Jacobsens Theater-Gesellschaft, Dänemark. — Ferner ein

Zweiter Weltschlager!
DANTE: „Die göttliche Komödie“

Die Vorführung besteht aus 4720 Versen. 700 m lang.
Sowie das Sensationsstück

Die Pest, und das große Wochenprogramm.

Der Schnürstiefel Herkules

(auch als Jagdstiefel) aus einem Stück zu Mk. **8.75** ist vorrätig bei

H. P. C. Schleuß

Schlumacherstr. 31.
— Rote Rabattmarken. —

---

ff. gebrannte Kaffees

reinschmeckend und stets frisch zu **1.30, 1.40, 1.50** und **1.60** pro Pfund.
Bis auf weiteres gebe ich auf ½ Pfd. Kaffee 1 Paket Kaffeemehl gratis.

Friedr. Kock,

Wickedestraße 52.
Fernsprecher 2388

Gebr. Barg

Kohlmarkt 5
empfehlen in
Konsum-Artikeln

Ein Posten Hemdentuch
d. ganze Meter **29 39 49** ₰
Ein Posten H'Leinen
in einfach. u. doppelt. Breite, zu **Hemden und Bettlaken.**
Ein Posten Reinleinen
zu **Hemden und Bettlaken.**
Ein Posten fert. ges. **Bettlaken**
p. St. M. **1.95 2.25 2.50 3.—**
Ein Post. weiß u. bt. **Bettbezüge**
per Stück M. **3.— 3.95**
Ein Post. weiß u. bunt. **Kissenbez.**
per Stück **65 95** ₰
Ein Posten Tischtücher
per Stück **95** ₰
Ein Posten Handtücher
per Stück **30 35 40** ₰
Ein Post. frisch gef. **Kopfkissen**
per Stück M. **1.95 2.95 3.95**
Die Sachen sind auf Tischen extra ausgelegt.

Rote Rabattmarken oder 4% in bar.

Eine Schneiderin

empfiehlt sich.
Wakenitzmauer 166, I. rechts.

Carl Folkers Möbelmagazin

25 Marlesgrube 25.

Vollst. Wohnungseinrichtungen.

Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.
Billigste Preise.
Weitgehendste Garantie.

Zimmereinricht. stets vorrätig.

Lieferung frei Haus auf eigenem Möbelwagen.

Lübecker
Genossenschafts-Bäckerei
E. G. m. b. H.

Die in der Generalversammlung vom 9. März 1911 beschlossene Dividende von 20% in Brotmarken kann von Montag, den 13. März d. Js., ab gegen Vorzeigung der Guthabenscheine im Geschäftslokal, Töpferweg 65, an den Wochentagen vormittags von 9—12 Uhr, nachmittags von 3—6 Uhr, in Empfang genommen werden.
Der Vorstand.

Transportarbeiter!

Karten zu den vom Arbeiter-Bildungsverein arrangierten **Musikvorträgen für die Jugend,** am Mittwoch, dem 15. März und zum **Liederkonzert,** am Donnerstag, dem 16. März, sind für unsere Kollegen im Bureau erhältlich.
Der Vorstand.

Herrnburg.

Sonntag, den 12. März:
Gr. Fastnachtsball.
Schliecker.

Panorama

Breitestr. 53, 1., Fl.

Mittelmeerreise

von Algier über Malta nach Kairo, Beirut und Konstantinopel.

Zauberflöte

Schüsselbuden 4.
Neue Kapelle!!!
Damen-Orchester **„Aida“**
(6 Damen u. 2 Herren)
Eintritt frei.